

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zug.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viltorinstraße 28
Verlag: Otto Stillter, Berlin N. 28, Telephon: Amt III, 5846.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkonditt.
Redaktionschluss Sonnabend.

Insertion.

Für die vierspaltige Peltzeile oder deren Raum 30 Pfg. bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verlagsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Im Kreislauf des Jahres. Der Gleichheitsfanatismus des Schutzverbandes. Rundschau. Soziale Monatsschau. Die Streikversicherung der deutschen Unternehmer im Jahre 1910. — **Allgemeines:** Glossen zur Bewegung, VIII. Gedanken eines Ausgesperrten. Aus unserm Bulletin. O tsberichte: Crefeld. Plauen. Selb. — **Der Steindruck:** Ein wichtiger Entscheid in einer Mustersache — Die photom. Fächer: Essen — Berlin. — **Photogr. Mitarbeiter:** Noch einmal: Professor Emmerichs »Erfolge«. Sind unsere Photographien haltbar? — **Feuilleton:** Streikbrechers Höllenfahrt. Ausserungs Weihachten. Vom Bücherfisch. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

An die arbeitende Kollegenschaft!

Kollegen! Durch die Weihnachtsammlung wurde dafür gesorgt, daß den streikenden und ausgesperrten Brüdern und ihren Familien zum Weihnachtsfeste eine besondere Unterstützung gewährt werden konnte, die es ihnen erleichterte, die schweren Opfer, die sie durch den Kampf um die Verbesserung der gesamten Berufsfrage auf sich nahmen, zu tragen. Nun steht der Quartalswechsel bevor, an welchem den im Kampfe stehenden Kollegen neben der statutarischen Streik- und Aussperrtunterstützung ein besonderer *Mietszuschuß* gewährt werden soll. Zu diesem Zwecke richten wir erneut an die arbeitende Kollegenschaft den Anruf, auch ihrerseits einen kleinen Teil der Opfer des Kampfes gern und freudig auf sich zu nehmen und durch reichliche Sammlungen dazu beizutragen, daß diese zweite Extraunterstützung gleich der Weihnachtspende ganz aus freiwillig aufgebrachten Mitteln ausgezahlt werden kann. Hoch die Kollegialität und Solidarität. Der Hauptvorstand.

Streik- und Aussperrungsorte:

Altwasser. Aschaffenburg. Barmen. Berlin. Bielefeld. Braunschweig. Bremen. Breslau. Cassel. Chemnitz. Crefeld. Crimmitschau. Döbeln. Dresden. Düren. Frankfurt a. Main. Freiburg i. Schl. Fürth. Gera. Halberstadt. Halle a. S. ale. Hamburg. Hannover. Heilbronn. Höchst a. M. Hofgöhlennau Höxter. Kempen Rhl. Kiel. Kirchhain N.-L. Lahr i. B. Leipzig. Lindenruh bei Glogau. Lübeck. Magdeburg. Mainz. Mannheim. Mügeln bei Dresden. Mühhausen i. Thür. Nerchau. Niedersiedlitz. Nürnberg. Offenbach a. M. Rheydt. Saalfeld. Schliettau. Schwabach. Stettin. Stuttgart. Würzburg. Wurzen. Zeltz.

Bei jedem Stellungswchsel, auch am Ort, muß unbedingt vor Annahme des Engagements Auskunft eingeholt werden.

Aachen. Die Firma Franz Koppler läßt uns durch ihren Rechtsanwalt mitteilen, daß an der in unserer Nummer 60 enthaltenen Notiz, sie suche unter Deckadresse Umdrucker und Maschinenmeister, weil sie zwei ihrer nichtorganisierten Gehilfen durch Vermittlung des Herrn Hyll an andere Schutzverbandsfirmen als Arbeitswillige abgeben habe, kein wahres Wort sei. Wir nehmen von dieser entschiedenen Verwahrung, derartiges getan zu haben, gern Notiz. Voraussichtlich wird sich unser Gewährsmann noch zu der Sache äußern.

Hofgeismar. In der Firma Keesberg drohen wegen Antertigung von Streikarbeit Differenzen anzubrechen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Schweiz. Infolge Nichtanerkennung der Berufsordnung reichten am 16. Dezember die Kollegen in folgenden Firmen Ihre Kündigungen ein:

Zürich: Hofer & Cie. A.-G.; H. Raegg & Cie.; Polygraphisches Institut A.-G.
Winterthur: Meyerhofer, Fries & Cie.
Lausanne: A. Champod
Ferner haben folgende Firmen am 23. Dezember ihr organisiertes Personal gekündigt:
Zürich: C. Fehrenbach; Frex & Söhne; Juchli & Beck.
Schaffhausen: Stünzi & Cie.; Joos Böschlin.
Winterthur: Kartographia.

Die genannten Firmen sind bis auf Widerruf für alle Berufsgenossen des In- und Auslandes strengstens gesperrt. Nichtbeachtung dieser Vorschrift wird als Streikbruch betrachtet und gegen Zuwiderhandelnde entsprechend vorgegangen.

Zur gefl. Beachtung.

In der kommenden Woche erscheint keine Extra-nummer der »Gr. Pr.«. Die nächste Ausgabe unseres Blattes erscheint als Nr. 1 des neuen (25.) Jahrgangs am 6. Januar 1912.

Im Kreislauf des Jahres.

Zum Jahreswechsel.

Im Wechsel bunter Jahreszeiten entrollt sich uns des Lebens Bild, doch ist, wenn wir den Lenz durchschreiten, nicht unser Herz mit Lust erfüllt: Wir müssen ringen, mühsam darben, dem gold'nen Frühlingsglanz entrückt — ja, unsere ersten Blüten starben, kaum, daß sie recht das Licht erblickt ...

In ruhiger Fabriken Hallen grüßt uns des Sommers grüne Pracht, indes uns würgt mit gl'igen Krallen Ausbeutergeldgier Tag und Nacht. Wohl hören wir den Donner rollen — wohl sehen wir der Blitze Schein — doch unser Murren, unser Grollen erstickt, erstirbt im Räderschrei'n ...

Des Herbstes Ernte sind wir ferne, wenn rot und reif die Traube grüßt, und wenn zum vollen Blütenstern die Pracht der Ater sich erschließt! Wir düsten säen, hämmern, wählen und ringen um das karge Brot, indes' das Lebensboot umspülen in grauen Wogen Qual und Not ...

Des Winters glitzerndweiße Frische mehrt unsres Elends' Pein und Last! Die Sorge hockt an unserm Tische, als zäher, ungebet'ner Gast. Ach, zu des Jahres Sorg' und Mühen hauch's nun noch kalt durch deinen Raum: Von Koblen soll's im Ofen glühen, wo es zum Brot will langen kaum! ...

Im Blüten, Reifen, Ernten, Sterben zeigt dir sich gleich das bunte Jahr, denn jeder Tag will dich verderben und niederzwingen, Proletar! Und stemmst du ihm dich nicht entgegen mit aller Kraft und Zähigkeit, dann wird er dich in Ketten legen, aus denen nichts mehr dich befreit!

Schaff' Wehr und Waffen dir beizeiten, des Geistes Schwert halt' kampfbereit, du Arbeitsvolk; mit ihm erstreiten wirst du die neue, gold'ne Zeit! Dann reicht dir Lenz und Sommer Blüten, dann streut der Herbst dir Frucht und Wein, dann n spottest du des Winters Wüten: Dann ist die freie Erde dein! — en.

Der Gleichheitsfanatismus des Schutzverbandes.

Die kapitalistischen Zeilenreißer können nicht genug lästern über unsern angeblichen »Gleichheitsfanatismus«. Wenn diese Leute nicht mehr wissen, was sie zur Verächtlichmachung der Arbeiterbewegung vorbringen sollen, dann kommen sie in der Regel mit der Phrase von der »öden Gleichmacherei«. Dadurch, daß man sich im Kampfe gegen uns stets auf solchen abgegrastn Gmeinplätzen herumtummelt, beweist man nur, daß einem das wahre Wesen der modernen Arbeiterbewegung ein Buch mit sieben Siegeln ist.

Natürlich darf in diesem Vorgehen auch das Organ der Steindruckunternehmer, das »Deutsche Steindruckgewerbe« nicht zurückbleiben. Gerade diesem Blatte ist es ja am wenigsten gegeben, unre Bewegung sachlich und mit Verstand zu bekämpfen. Daß es tiefer in die Theorie der modernen Arbeiterbewegung eindringen könnte, ist vollständig ausgeschlossen. Wie bodenlos seine Unwissenheit auf diesem Gebiete ist, das hat uns dieses Unternehmernorgan erst neulich in seiner Bußtagpredigt über die *passive Resistenz* bewiesen. Daher wollen wir es dem Moniteur des Schutzverbandes auch gar nicht so sehr nachtragen, daß er ebenfalls solche unsinnigen Sätze verbricht wie zum Beispiel den folgenden: »Durch die Tendenz der Gleichmacherei wird eine gewerkschaftliche Bücke zum Sozialismus, in dessen Fabrwasser die »Freien Gewerkschaften« bekanntlich schwimmen, geschlagen.«

Diese kapitalistischen Organe, die immer so viel über die »Gleichheitsfanatiker« spötieln, wissen natürlich nicht, daß sie sich mit ihren Lästerungen selbst mächtig orbfelgen. Auch das Schutzverbandsblatt weiß das nicht. Die Gleichheitsfanatiker sitzen nämlich nicht im Lager der Arbeiter, sondern nur allein im Lager der Unternehmer. Wie sehr besonders der Schutzverband der Deutschen Steindruckereioesitzer vom Gleichheitsfanatismus erfaßt ist, davon gibt uns wieder die letzte Nummer des »Deutschen Steindruckgewerbes« ein erschreckliches Zeichen.

Den Drahtziehern im Schutzverbande, die in der Verhandlung am 7. Dezember aus purem kapitalistischem Uebermut unsere Forderungen verhöhnten und in trivialer Weise die Herbeiführung des Gewerbefriedens verhinderten, wird es ob ihrer großen »Kulturthaten« nun doch recht angst und bange. Das »Steindruckgewerbe« weiß nicht, wie es das geradezu unerhörte Verlangen übermütiger Unternehmer, die Arbeitszeiten der Lithographen und Steindrucker dort, wo sie kürzer als 48 und 53 Stunden wöchentlich sind, auf diese Normen zu verlängern, sittlich rechtfertigen soll. Es kann diese unerhörte Forderung nur mit dem so viel verlästerten Prinzip der Gleichmacherei begründen. Es schreibt:

»Es liegt zweifellos im Interesse beider Teile, wenn gerade bezüglich des Punktes Arbeitszeit in sämtlichen Betrieben Deutschlands gleiche Verhältnisse herrschen. Gerade eine Ungleichheit der Verhältnisse wird auch von dem

Gehilfen dann besonders empfunden werden müssen, wenn er sich veranlaßt sieht, seine Stellung zu wechseln und nun in einen Betrieb kommt, wo vielleicht längere Arbeitszeit besteht. . . Wenn es wirklich so viele Betriebe gäbe, die eine kürzere als 53stündige Arbeitszeit haben, so würden doch diejenigen Gehilfen, die aus dem Betriebe mit kürzerer Arbeitszeit aus irgend einem Grunde ausscheiden und eine neue Stellung in einem Betriebe mit längerer Arbeitszeit annehmen, eine 'Verschlechterung' erleiden.

Dieser Gleichheitsfanatismus, den die Schutzverbänder hier bekunden — natürlich nur aus purer Liebe zu den Gehilfen — ist wirklich sehr ergreifend. Man könnte Tränen der Rührung weinen über diese große Uneigennützigkeit, wenn einem durch die vielen großen Wohltaten, die man vom Ausbeutertum von fröhlicher Jugend an genossen hat, nicht das Herz schon so furchtbar verhärtet worden wäre. Damit also ein Gehilfe, der die Annehmlichkeit genießt, eine kürzere als eine 48- oder 53stündige wöchentliche Arbeitszeit zu haben, nicht später, wenn er vielleicht einmal gezwungen sein sollte, seine Stellung aufzugeben und in eine andere einzutreten, wo eine längere Arbeitszeit herrscht, eine 'Verschlechterung' erleide, deshalb soll *jetzt* seine Arbeitszeit verlängert werden! Um den Gehilfen vor einer Verschlechterung zu bewahren, die er möglicherweise später einmal erleiden könnte, hält es der Schutzverband für gut, ihm diese Verschlechterung sofort zuteil werden zu lassen. Die Offenbarung einer solchen großen Lebensweisheit: daß man eine bestimmte Möglichkeit am sichersten dadurch aus der Welt schafft, indem man sie sofort zur Wirklichkeit macht, hätten wir dem Schutzverbande gar nicht zugetraut. Die Entdeckung dieser unumstößlichen Wahrheit wolle sich der Schutzverband nur sofort patentieren lassen, damit sein Name unsterblich werde! Der Kern dieser Philosophie läßt sich am richtigsten mit dem Satze erfassen: das beste Mittel, sich vor der Möglichkeit zu schützen, daß man einmal in seinem Leben Selbstmordgefahren bekomme, ist — sich sofort das Leben zu nehmen!

Aber leider müssen wir dem Organ des Schutzverbandes verraten, daß unsere Kollegenschaft noch gar nicht reif ist für seine Philosophie des Todes: sie hält es nämlich immer noch mit dem Leben und seinen Gefahren. Unsere Kollegenschaft hat wirklich gar keinen Sinn für diese radikale Fürsorge des Schutzverbandes vor der Möglichkeit, später einmal eine Verschlechterung zu erleiden; sie will sich lieber jetzt vor der angebotenen Verschlechterung bewahren und nimmt dafür gerne die Möglichkeit, sie einmal später zu erleiden, heroisch auf sich. Unsere Kollegen sind eben durchgängig immer noch Anhänger einer optimistischen Lebensauffassung: sie hoffen von der Zukunft stets das Beste!

Unsere Kollegen haben auch schon deswegen allen Grund, sich nicht zu der Philosophie des Schutzverbandes zu bekennen, weil sich dieser in dem Versuch, sie zu begründen, selbst wieder von ihr abwendet. Seine Anordnungen zur Verbütung des Eintritts der besagten Möglichkeit widersprechen sich. Um unsern Kollegen den Schmerz zu versüßen, den sie durch die *jetzt* einzuführende Verschlechterung erleiden sollen, schreibt das Schutzverbandsblatt:

»Wenn die Prinzipalvertreter vorgeschlagen haben, daß dem Prinzipal das Recht gegeben werden soll, eine jetzt bestehende kürzere Arbeitszeit auf 53 Stunden zu erhöhen, so sollte nicht damit gesagt sein, daß der Prinzipal vom Schutzverbande verpflichtet würde, unter allen Umständen davon Gebrauch zu machen.«

Wie das Schutzverbandsblatt behauptet, sind alle Schutzverbänder *anständige Kerle*. Es würde also demnach keiner von diesen von dem ihnen eingeräumten Rechte, eine kürzere Arbeitszeit als 48 oder 53 Stunden wöchentlich auf diese Normen zu verlängern, Gebrauch machen. Es bliebe beim Alten! Das widerspricht aber doch

der Angabe des Schutzverbandes, daß er eine sofort durchzuführende Verlängerung dieser kürzeren Arbeitszeiten nur deswegen fordere, weil er unsere Kollegen vor der Möglichkeit bewahren wolle, daß sie diese Verlängerung erst später bei einem Stellenwechsel erleiden! Aus dieser Logik des Schutzverbandsblattes vermögen wir wirklich nicht klug zu werden.

Dieser hier angedeutete Widerspruch zeigt uns aber auch, daß der Schutzverband mit seinem ganzen Gleichheitsfanatismus auf falscher Fährte ist. Will der Schutzverband diesen Fanatismus betätigen, ohne in einen Widerspruch zu geraten und sein Ziel zu verfehlen, so bleibt ihm tatsächlich weiter nichts übrig, als in der umgekehrten Richtung vorzugehen. Sein Ziel, in der Arbeitszeit eine Gleichheit der Verhältnisse zu schaffen und uns vor der Möglichkeit zu schützen, später bei einem Stellenwechsel in der Arbeitszeit eine Verschlechterung zu erleiden, könnte der Schutzverband mit einem Schlage dadurch erreichen, daß er die Arbeitszeit überall auf die Dauer der im Berufe bestehenden kürzesten Arbeitszeit festsetzt. Wir können dem Schutzverbande bedeuten, daß unsere Kollegen gegen eine solche Gleichmacherei nach unten nichts einzuwenden hätten und sie auch niemals als »öde« verschreien würden. Da die Schutzverbänder, wie das Schutzverbandsblatt angibt, alle so sehr gute Kerle sind, ist anzunehmen, daß sie einer solchen Anordnung auch sofort Folge leisten würden.

Einen solchen Gleichheitsfanatismus, wie ihn der Schutzverband jetzt zur Schau trägt, wird aber unsere Kollegenschaft bis zum Weißbluten bekämpfen, denn sie hat durchaus keine Lust, dem Schutzverband eine Brücke schlagen zu lassen zu dem *Zukunftsstaat der Scharfmacher!*

Nun noch ein Wort zu den Stechuhren und den Hundemarken, die uns der Schutzverband in seinem Gleichheitsfanatismus durchaus als Weihnachtsgabe aufdrängen will. Eine solche Idee kann nur dem Gehirn der großkapitalistischen Gewaltprotzen entspringen, die in dem Arbeiter nur die Ware und nicht den Menschen sehen. Die kleinen Unternehmer, die im Betriebe tätig sind und darum den Menschen im Arbeiter noch zu achten wissen, weisen die Einführung eines so unwürdigen Kontrollwesens mit Entrüstung von sich. Es ist wirklich bezeichnend für den Schutzverband, daß um dieser Anmaßungen einiger nimmersatter Großausbeuter willen die Herbeiführung eines Friedens im Gewerbe hintertrieben wird. Das Bestreben des Schutzverbandes, uns mit einem unwürdigen Kontrollwesen zu bedenken, wird schon dadurch richtig gekennzeichnet, daß sich selbst Scharfmacherblätter energisch dagegen wenden. Die in Leipzig erscheinende »Postkarte«, also ein Blatt, das dem Schutzverbande sehr nahe steht und in dem gegenwärtigen Kampf sonst nicht genug gegen uns hat scharf machen können, urteilt in dieser Frage wie folgt:

»Es mag des ferneren die Verwendung einer *mechanischen Kontrolle* überhaupt sein, welche die Abneigung herbeiführt. Das Mechanische hat etwas Hartes, Zwingendes, Unerbittliches an sich. Der Arbeiterkünstler empfindet den Uebergang aus der goldenen Freiheit ins Joch schwerer als ein anderer, und wenn er schon auch den lebendigen Portier nicht gerade übermäßig in sein Herz geschlossen hat, so ist dieser immer doch noch ein Mensch, ein fühlendes Wesen, das mit sich reden läßt, an dessen Einsicht man appellieren oder den man kritisieren kann, die Stechuhre aber, das kalte metallene Ding mit der Papierseele, das ist einfach der tote Schlüssel ins Jammertal, der dem Nahezukünftler ins eigene Herz sticht. Kalt und warm, das reimt sich aber nicht zusammen. . . Man mache also nicht den Staatsprozeß aus dieser Gefühlsache, es wird in der Welt zu welen auch ohne den Stechapparat gehen und ohne die Nummern, Arbeiter mit ausgeprägtem Ehrgefühl sind oft besser als solche ohne.«

Da selbst Scharfmacherblätter so reden, wird es uns gewiß kein Mensch mit Ehrgefühl ver-

argen, daß wir uns mit aller Energie gegen das Bestreben wenden, uns durch Aufdrängung von Stechuhren und Hundemarken zu schänden!

—II—

Rundschau.

Kündigungslose Entlassungen sind bei der Firma Ernst Kaufmann in Lahr an der Tagesordnung. Der dortige Betriebsleiter erläßt drakonische Gesetze, die man wohl kaum anders denn als »Auswüchse eines absolutistischen Machtfitzels«, wie der Schießfatein so geschmackvoll schreibt, einschätzen kann. Neuerdings hatte sich eine Einlegerin dagegen verwahrt, daß man ihr vorschreiben wolle, mit wem sie auf der Straße sprechen dürfe. »Was, du willst dich noch empören, du Besen, du freches Mensch«, war die hübsche Antwort des Herrn Betriebsleiters, begleitet von der Aufforderung, sich zum Teufel zu scheren, aber erst in 14 Tagen. Daß die Einlegerin natürlich unter diesen Umständen darauf verzichtete, noch 14 Tage lang dem Herrn Betriebsleiter Gelegenheit zu weiteren ähnlichen Titulationen zu geben, ist offensichtlich, um so mehr als die nicht mißzuverstehende Drohung hinzugefügt wurde: »Wenn du ein Bursche wärest, solltest du mal seh'n, was ich mit dir machte.« Die Einlegerin verließ die ungestaltliche Stätte und klagte auf Lohnentschädigung für den Schluß der Woche und die nächsten 14 Tage. Die Firma verzichtete kurz vor dem Termin auf gerichtliche Austragung und erklärte sich zur Zahlung bereit.

Arbeitswillige. Während des deutschen Lohnkampfes erscheint von Zeit zu Zeit in einem Prager bürgerlichen Blatte ein Inserat, durch das graphische Arbeiter aller Kategorien unter großen Versprechungen zu engagieren gesucht werden. Nur ganz selten geht aber einer der wenigen Unorganisierten auf den Leim. Kürzlich ließen sich zwei Leute, der Steindruckerk Novák und der Lithograph Siála, nach Nürnberg anwerben; den dortigen Kollegen gelang es jedoch, sie wieder abzuschreiben, sodaß die Nürnberger Unternehmer das Nachsehen hatten. Die beiden Genannten scheinen aber ihr feines Gewerbe weiter zu betreiben, denn aus Prag wird uns geschrieben, daß sie sich jetzt wieder als Arbeitswillige nach Leipzig anwerben ließen, und zwar gleich mit einem Vorschuß von 50 Mark. Gleichzeitig wird uns mitgeteilt, daß die Leistungen der beiden nützlichen Elemente nicht derart sind, daß sie den Kohl der Unternehmer fett machen könnten. Wir gönnen also ruhig den Unternehmern die beiden braven Rausreißer, mit denen sie Staat machen mögen, soviel sie Lust haben.

Geschäftsergebnisse. Die Firma E. Wunderlich & Co. A.-O. in Altwasser, die 1909 11 Proz. und 1910 12 Proz. Dividende verteilte, schlägt für 1911 eine Dividende von 14 Proz. vor. Trotz dieses von den Arbeitern erarbeiteten Dividendensiegens hat die Firma ihre Lithographen und Steindrucker in Altwasser und Freiburg mit ausgespart, um eine Verbesserung der Lage der Arbeiter dadurch verteilen zu helfen. Unternehmerdank! Die Arbeiter werden sich's merken.

Ein Steindruckerk als Weltwanderer. Der Steindruckerk Louis Hohmeyer hat am 10. Dezember von Hannover aus zufolge einer Wette eine Fußwanderung um die Erde angetreten, die er in 3½ Jahren beendet haben muß. Er gedenkt in dieser Zeit eine Strecke von 4500 bis 5000 Kilometern zurückzulegen und zwar täglich 50 Kilometer bei 2 Tagen Rast alle 14 Tage. Die Fußbekleidung liefert dem 24jährigen Weltreisenden unentgeltlich eine renommierte Schuhfabrik, während die Reisespesen zum Teil die Hannoverische Zeitung trägt, der Hohmeyer laufend Bericht zu erstatten hat. Falls H. die Wette gewinnt, winkt ihm ein Preis von 25000 Mark. Der Kollege Hohmeyer hat also jetzt 3½ Jahre lang ein Geschäft, das immer geht!

Christlicher Terrorismus. Zwei Mitglieder des christlich-n Bergarbeiterverbandes wurden vom Schöffengericht in Bochum zu je einer Woche Gefängnis verurteilt, weil sie ihrer christlichen Nächstenliebe gar zu deutlichen Ausdruck gegeben hatten. Die beiden Christen hatten es nicht verschmerzen können, daß einer ihrer Verbandskameraden zum Deutschen Bergarbeiterverband übergetreten war. Sie wurden sich deshalb einig, den »Abtrünnigen« gelegentlich gehörig »abzugreifen«. Eines Tages ekelten sie den »Roten« Uebergangenen auf der Straße an. Dieser versuchte, ihnen mit einer kurzen Antwort aus dem Wege zu gehen. Darauf stürmten die Christen auf ihn ein, schlugen ihn zu Boden und verfolgten ihn als er seiner Wohnung zuflüchtete, bis in das Haus, dort einen tumultuarischen Auftritt machend. Der Aufforderung des Ueberfallenen, sein Haus zu verlassen, leisteten sie keine Folge. Dieser Banditenstreich wurde vom Gerichte, wie eingangs erwähnt, mit einer Woche Gefängnis als gestraft betrachtet. Das Terrorismusgeschrei der christlichen Oberbonzen, deren Eifer auf diesem Gebiete größer ist als der der natürlichen Gewerkschaftsfeinde, wird durch den Bochumer Fall ganz empfindlich gestört.

Die Selbsthilfe gegen Außenseiter zeigt sich bei den Unternehmervereinigungen in viel schärferer Weise als bei den Arbeitern. Fast jede

Unternehmerorganisation hat entweder in ihren Statuten oder in besonderen Resolutionen, Beschlüssen und Verträgen Bestimmungen getroffen, um ihre Mitglieder zur strengen Einhaltung der von ihr im Vereinsinteresse als maßgebend anerkannten Verpflichtungen prinzipieller oder materieller Natur zu zwingen. Ein Schulbeispiel dieser Art Organisationsdisziplin ist aber folgendes: *Die Vereinigung deutscher Porzellanfabriken hat die Einrichtung getroffen, jedem, der einen Verstoß gegen die Verträge unter Herbeibringung von ausreichenden Beweisen zur Anzeige bringt, eine Brühnung von 25 Proz. der verhängten Konventionalstrafe, mindestens aber 500 Mk. zu zahlen.* Was würde das Unternehmertum und seine Presse wohl anstellen, wenn etwa eine Gewerkschaftsorganisation Geldprämien aussetzte, um Leute ausfindig zu machen, die gegen Beschlüsse von Gewerkschaftsorganisationen, an denen sie teilgenommen haben, verstoßen? Förmliche Spionagenetze sind von Kartellorganisationen geschaffen worden, um Unternehmer, die ihren Betrieb außerhalb des Ringes halten wollen, wirtschaftlich zu vernichten. Ergänzt wird dieses Verfahren durch die Aussetzung von Prämien für erfolgreiche Bespitzelung unter den Kartellmitgliedern. Jeder anständige Mensch wird angesichts dieser Vorgänge zu dem Urteile kommen müssen, daß es eine Schamlosigkeit des Scharfmachertums ist, bei einem derartigen Treiben von der Regierung und der Gesetzgebung das Verbot des Streikpostenstehens zur Vernichtung des Koalitionsrechts der Arbeiter zu verlangen.

Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände beschloß am 9. Dezember nach einem Referat, in dem das gesetzliche Verbot des Streikpostenstehens gefordert wurde, folgende Resolution: *Die Delegierten-Versammlung der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände spricht dem Zentralverband Deutscher Industrieller ihren Dank aus für das entschiedene Eintreten zum Zwecke der endlichen Herstellung der Freiheit der Arbeitswilligen gegenüber dem Terrorismus der gewerkschaftlichen Organisationen und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß endlich unsere Gesetzgebung und Verwaltung der Bedeutung dieser Freiheit das im Interesse der Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie notwendige Verständnis entgegenbringen. Die Arbeitswilligen wurden aufgefordert, von der Selbsthilfe- ausgiebigsten Gebrauch zu machen. Es handelt sich bei diesem Vorstoß um die Fortsetzung eines planmäßig organisierten Feldzuges gegen das Koalitionsrecht. Dieser wurde eingeleitet mit dem bekannten Geständnis des Scharfmachers Bueck, daß die Unternehmer-Organisationen ohne gesetzliche Hilfe die Gewerkschaften nicht niederschwächen würden. Seitdem setzen die Unternehmer an allen Ecken ein, um die Regierung ihren Wünschen gefügig zu machen. Daß sie nicht vergeblich arbeiten, zeigt die Erklärung des sächsischen Ministers. (Siehe „Soziale Monatschau“.) Die ruppige Auforderung an die Arbeitswilligen stellt eine Provokation dar, die wahrscheinlich nicht ohne Folgen bleiben wird. Denn wenn die gewalttätigen Hintzbrüder noch extra zum Gebrauch ihrer vielgestaltigen Waffen aufgefordert werden, werden sie sich noch weniger als seither genieren. Die Arbeiterschaft wird diese andauernde, mit den infamsten Mitteln betriebene Hetze am besten mit einem entschiedenen Gegenstoß beantworten. Wenn die nächsten Reichstagswahlen eine Verstärkung der sozialdemokratischen Fraktion bringen, womit als sicher zu rechnen ist, so wird es eine der ersten Aufgaben dieser Fraktion sein, die Sicherung des Koalitionsrechts im Reichstage zu fordern. — Bezeichnend ist, daß der Schutzverbandsvorsitzende Wunsch in den Ausschuß der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände gewählt worden ist. Das liefert zu dem Terrorismus-schwindel des Deutschen Stein-druckgewerbes- und zu manchem anderen Vorkommnis im gegenwärtigen Kampfe eine charakteristische Illustration.*

Ein Zuchthausgesetz fordern auch die Hamburger Scharfmacher! In der Hamburger Arbeiterschaft wurde kürzlich von 71 Angehörigen der drei alten Fraktionen, dem Wahlrechtsblock, ein Antrag zur Verhandlung in einer der nächsten Sitzungen gestellt, dahingehend: *der Hamburger Senat möge im Bundesrat auf eine Unterstützung der von der sächsischen Regierung gestellten Anträge, betreffend den größeren Schutz der Arbeitswilligen hinwirken.* Die Sozialdemokraten begrüßten die Verlesung des Antrages mit lebhaften Zurufen und sagten, daß gerade diese Leistung des Wahlrechtsblocks für den jetzigen Reichstagswahlkampf noch gefehlt hat.

Die Freie Hochschule Berlin verendet ihr Programm für das Winterquartal Januar bis März 1912. Es enthält nicht weniger als 107 Vortragsreihen über: I. Weltanschauung, Philosophie, Pädagogik; II. Bildende Kunst, Musik; III. Literatur und Sprachen; IV. Volkswirtschaft, Staats- und Rechtslehre; V. Geschichte, Vorgeschichte, Geographie; VI. Naturwissenschaften, Medizin, Mathematik, Technik; VII. Vortragskunst, Zeichnen, Schach. Außerdem sieht das Programm mehrere Einzelvorträge und die Feier des zehnjährigen Bestehens durch einen Lichtbildervortrag, das Stiftungsfest und ein Abendfest vor. Interessenten können es durch das Bureau der Freien Hochschule in Berlin O. 27, Blankenfeldstr. 4 beziehen.

Aus dem Auslande.

England. In einer am 21. Dezember abgehaltenen Versammlung des britischen Bergarbeiterverbandes, zu der hundert Delegierte, die 600 000 Bergleute repräsentieren, erschienen waren, wurde beschlossen, über die Frage eines *Generalstriks* zur Erzwingung eines allgemeinen Minimallohns unter den Bergleuten eine Abstimmung zu veranstalten. Nach allgemeiner Ansicht wird die Abstimmung eine große Majorität für einen Streik ergeben. Der Streik würde Ende Februar beginnen.

Spanien. Unsere spanische Bruderorganisation umfaßt zurzeit 869 Mitglieder, davon sind 85 beim Militär und Arbeitlose. Die Mitglieder befinden sich in zehn Zählstellen und vier Unterrabteilungen. Der größte Teil der Kollegen arbeitet 9 Stunden per Tag. Die Löhne betragen allgemein für Lithographen 5—10 Pesetas (4—8 Mk.), für Steindruck 5—8 Pesetas (4—6,5 Mk.), für 5 Heftler 3—4 Pes. (2,40 bis 3,20 Mk.) per Tag. Für Ueberstunden gibt es 25—50 Prozent Lohnaufschlag. Die Arbeit auf Stück ist verboten. Der Wochenbeitrag in den einzelnen Sektionen ist 15—25 cts. Der Organisationsbeitrag an die Zentrale ist per Monat 15 cts für Propaganda. Für Streiks werden Extrabeiträge erhoben; die Streikenden erhalten 2,5 Pes. (2 Mk.) per Tag.

Soziale Monatschau.

Berlin, den 23. Dezember 1911.

•Nun erst recht Sozialpolitik! • Reichsversicherungsordnung Privatbeamtenversicherung. Aufhebung des Hilfskassengesetzes. Kleine Gewerbeordnungs-novelle. Heimarbeitergesetz. Der Schrei nach einer neuen Zuchthausvorlage. Auf zur Reichstagswahl!

Als bei den Hottentottenwahlen vom Fasching 1907 die sozialdemokratische Partei zwar eine Viertel-million Wähler neu gewonnen, trotzdem aber die Hälfte ihrer Reichstagsitze einbüßte, da war des Jubels und der Freude in den Reihen der Patent- und Kulturpatrioten kein Ende. Man glaubte der Kulturbewegung des modernen Proletariats für immer den Garau gemacht zu haben. Als wenn sich diese Bewegung, die so tief in unsern wirtschaftlichen Verhältnissen wurzelt und mit zwingender Notwendigkeit aus ihnen entspringen mußte, durch die Abnahme einiger Parlamentsmandate jemals niederretten und vernichten oder auch nur in ihrem Fortschreiten dauernd behindern und hemmen ließe. Die Folgezeit hat ja auch gelehrt, wie unbegründet der Jubel und die Freude in den Kreisen der Gegner der modernen Arbeiterbewegung waren. Seit 1907 ist die proletarische Kulturbewegung dermaßen weiter angeschwollen und gewachsen, daß ihren Widerstrebungen nach gerade Angst und Lunge wird. In den Tagen des J. bebrauchs wurde aber von dem Bannerträger des freudvollen Hurraproletariats, dem damaligen Reichskanzler Fürsten Bülow, ein Wort geprägt, an das zu erinnern grade nach Schluß des Faschingsreichstages von 1907 wieder besonders zeitgemäß ist; dieses Wort lautet: *Nun erst recht Sozialpolitik!* Wie wenig es in den letzten 5 Jahren durch die Regierung und den Reichstag des Hottentotten- und des Schnapsblocks verwirklicht worden ist, lehrt ein Blick auf seine wichtigsten sozialpolitischen Arbeiten.

Unter diesen springt am meisten die Kodifizierung der Arbeitsversicherungsgesetze in der *Reichsversicherungsordnung* ins Auge. Aus unsern Artikeln über dieses umfangreiche Gesetzeswerk haben unsere Leser schon zu erkennen vermocht, daß es hinter den Wünschen und Forderungen, die die Arbeiterschaft an die Zusammenfassung aller Arbeitsversicherungsgesetze geknüpft hatte, weit zurückblieb. Was durch die Reichsversicherungsordnung an den Versicherten gesündigt wurde, werden sie auch bald nicht nur durch kritische Abhandlungen, sondern handgreiflich durch die Wirkungen des Gesetzes zu spüren bekommen. Der Schnapsblock hat bei der Reichsversicherungsordnung aus der gesetzlichen Krankenversicherung die selbstverwalteten freien Hilfskassen der Versicherten ausgeschlossen, aber die Betriebskrankenkassen auf Betreiben des Unternehmertums von neuem privilegiert. Er hat die Versicherten in den Landkrankenkassen entrechtet und die Selbstverwaltungsrechte der Versicherten in Ortskrankenkassen in unerträglichster Weise beschränkt, die Versicherten teils der Minderheit der Arbeitgeber, teils der Bureaokratie der neuen Versicherungsbehörden ausgeliefert. Den schwangeren Frauen, den Müttern und Säuglingen hat die christlich-konservative Mehrheit den notwendigen Schutz und die zureichende Fürsorge versagt. Für die Unfallverletzten hat der schwarz-blaue Block den Rechtsweg durch Ausschaltung des Reichsversicherungsamts aus einem Teil seiner seitherigen Zuständigkeit verschlechtert, die Anerkennung gewerblicher Vergütungen als Unfälle abgelehnt und die einseitige Unternehmerverwaltung der Berufsgenossenschaften aufrecht erhalten. In der Invalidenversicherung wurde die Herabsetzung des Bezugsalters für die Altersrente abgelehnt, ebenso alle Erleichterungen für den Bezug der Invalidenrenten. Und die neugeschaffene Hinterbliebenenversicherung sieht Renten vor, die ärmlicher sind als Almosen; sie bestimmt, daß die Witwenrente nur an erwerbsunfähige Witwen gezahlt werden darf und charakterisiert sich als eine blutige Verhöhnung der Armen der Armen. Der Schnapsblock kann also mit diesem nächst der Reichsversicherungsreform schönsten Spießling der schwarz-blauen Paarung wirklich Staat machen.

Ebenso ungenügend wie die Hinterbliebenenversicherung für die Witwen und Waisen der Arbeiter ist auch die *Privatbeamtenversicherung*, die noch kurz vor dem Ableben des Reichstages verabschiedet wurde, für diese Kategorie der wirtschaftlich Abhängigen. Den Arbeitervertretern ist es nicht leicht gewesen, diesem unzulänglichen Gesetz bei der Schlußabstimmung zuzustimmen. Ihr Redner wies in der dritten Lesung noch einmal dringend auf die dem Gesetz anhaftenden Mängel hin, betonte aber dann, daß in dem Gesetz ein Schritt zur allgemeinen reichsgesetzlichen Regelung aller Lohn- und Arbeitsverhältnisse erblickt wird, und daß deshalb seine Partei besonders den grundsätzlichen Kern des Gesetzes begrüßt. Daß es bei den Ansätzen geblieben ist und nicht mehr erreicht wurde, ist die Schuld der bürgerlichen Parteien.

Was die Reichsversicherungsordnung an den freien Hilfskassen und ihren Mitgliedern zu sündigen begann, das wurde durch das *Gesetz betreffend die Aufhebung des Hilfskassengesetzes*, das der Reichstag auch noch in den letzten Tagen seines Zusammenkommens verabschiedete, vollendet. Durch dieses Gesetz werden die freien Hilfskassen völlig unter die Kontrolle der Behörden gestellt. Tatsache ist, daß die auf Grund des Hilfskassengesetzes errichteten zahlreichen Schwindelkassen viel Unfug und Schaden gestiftet haben und gesetzliche Maßnahmen, diesem Treiben zu steuern, wären sicher zu begrüßen gewesen. Die Aufhebung des Hilfskassengesetzes ist aber ein den Arbeitern erwiesener Bärendienst. Um sie vor der Ausbeutung durch die Schwindelkassen zu schützen, wird ihnen auch das Selbstbestimmungsrecht in ihren eigenen, anerkanntenmaßen gut geleiteten freien Hilfskassen geraubt. Daß bei diesem den Arbeitern zugefügten Unrecht die christlichen Arbeitersekretäre mit die lautesten Rufer im Streite waren, entspricht durchaus ihrer sonstigen Tätigkeit im Reichstage.

Dasselbe Charakteristikum wie die vom verflorenen Reichstage verabschiedeten Versicherungsgesetze tragen seine übrigen sozialpolitischen Arbeiten. Erinnerung sei an das Zehnstundengesetz für Arbeiterinnen, das so spät kam, daß es fast ganz wirkungslos blieb, weil die Gewerkschaften schon lange vorher den Zehnstundentag und noch beträchtlich kürzere Arbeitsdauern für einen großen Teil der Arbeiterinnen erkämpft haben. Die *kleine Gewerbeordnungs-novelle* sieht hauptsächlich nur die Einführung von Lohnbüchern, die Lohnrechnung, den Fortbildungsschulzwang usw. vor, während im übrigen der größte Teil der Gewerbeordnungs-novelle unerledigt blieb.

Beim *Heimarbeitergesetz*, das auch noch kurz vor Tagesablauf durchgepeitscht wurde, lehnte die Mehrheit den einzig wirksamen Heimarbeiterschutz, die Schaffung von Lohnämtern mit der Befugnis zur Festsetzung von Mindestlöhnen, rundweg ab. Wenn die Arbeitgebervertreter auch diesem Gesetz in der Schlußabstimmung ihre Stimmen nicht versagten, so geschah es nicht nur in der taktischen Erwägung, den Organen dadurch Waffen aus der Hand zu schlagen, die sie sicherlich im Wahlkampfe geschwungen haben würden, sondern auch in der Ueberzeugung, daß einer anders zusammengesetzten Mehrheit im Parlament die Verbesserung dieses Gesetzes in kurzer Zeit möglich sein müsse.

Für diese anders zusammengesetzte Reichstagsmehrheit zu wirken muß bei den Wahlen am 12. Januar die Aufgabe jedes Arbeiters sein, der dem Worte: *•Nun erst recht Sozialpolitik!* auch wirklich Geltung verschafft wissen will. Daß es durch den abgechiedenen Reichstag nicht geschehen ist, das hat die armselige sozialpolitische Ausbeute der letzten 5 Jahre mit aller Deutlichkeit gezeigt. Schlimmer als diese Armseligkeit ist aber die Tatsache, daß die Sozialpolitik dieser Periode nicht im Sinne der zunächst Beteiligten, der Arbeiter, geleitet, sondern noch direkt zu ihrer Entrechtung und Knebelung getrieben worden ist. Mit gleichen Plänen tragen sich gewisse Kreise auch für die kommende Zeit. Blitzartig beleuchtet wurden diese arbeitfeindlichen Bestrebungen erst kürzlich durch die Verhandlungen der zweiten sächsischen Kammer, die schlagend bewiesen haben, daß im kommenden Reichstag das Bestreben der Reaktion dahin gehen wird, die aufstrebende Arbeiterbewegung in den Zustand der Macht- und Rechtslosigkeit hinabzudrücken. In zynischer Offenheit haben da im Anschluß an eine Interpretation der Konservativen und Nationalliberalen diese beiden Parteien ihre wahren Herzenswünsche, die auf eine Knebelung der Arbeiterklasse hinzielen, kund getan. Sie forderten von der sächsischen Regierung, daß diese im Bundesrat für eine *Verschöpfung der Strafbestimmungen gegen Streikende* eintreten solle, und nach der klaren, unzweideutigen Erklärung des sächsischen Ministers des Innern, des Grafen Vitthum von Eckstädt, kann es kaum noch einem Zweifel unterliegen, daß dem kommenden Reichstag eine neue Zuchthausvorlage zugehen wird. Jedenfalls drückte der Minister die Bereitwilligkeit der sächsischen Regierung aus, daß sie dem konservativ-nationalliberalen Antrag entsprechen und bei der Reichsregierung einen größeren Schutz der Arbeitswilligen befürworten werde; schwerlich wohl würde die sächsische Regierung eine so bestimmte Erklärung in einer hochpolitischen Frage abgegeben haben, wenn nicht dahingehende Pläne im Bundesrate schon in der Reife wären. Zweifellos haben aber die Scharfmacher mit ihrem Vorstoße der Sozialdemokratie dadurch einen un-

schätzbaren Dienst erwiesen, daß sie die wahren Absichten der Reaktion auch in bezug auf das Koalitionsrecht enthüllten.

Die Arbeiter wissen also nun, was für sie bei den nächsten Reichstagswahlen mit auf dem Spiele steht, und es liegt an ihnen, auf diese brüske Herausforderung den herrschenden Parteien und Gewalten eine Antwort zu geben, die ihnen ein für allemal die Lust zu solchen reaktionären Anschlägen raubt. Möge die Arbeiterklasse am 12. Januar 1912 für eine Zusammensetzung des Reichsparlaments wirken, die alle diese neuen Knebelungs- und Entrechtungspläne der Ausbeuter und Rückwärtser der Handlanger in der Regierung glatt über den Haufen wirft.

Die Streikversicherung der deutschen Unternehmer im Jahre 1910.

Immer fester schließen sich sowohl auf Seiten der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeber die Organisationen. Schon seit Jahren sind die deutschen Arbeitgeberverbände bemüht, der Streik- und Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften eine ähnliche Organisation gegenüberzustellen, die ihre Mitglieder vor den wirtschaftlichen Folgen einer Arbeitseinstellung ihrer Arbeiter oder einer berechtigten Aussperrung schützen soll. Die Streikversicherung der deutschen Unternehmer ist im wesentlichen nach zwei verschiedenen Gesichtspunkten organisiert, je nachdem dafür besondere Versicherungsgesellschaften geschaffen sind, oder die bestehenden Arbeitgebervereinigungen die Streikbekämpfung und -entschädigung ihrer Mitglieder ihren sonstigen Zwecken angegliedert haben. Den ersten Weg haben die der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände angeschlossenen Vereinigungen, die vor allem die schwere Kehlen-, Eisen- und Textilindustrie umfassen, eingeschlagen, den letzteren die dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände angeschlossenen Organisationen. Auch eine Anzahl gemischter, d. h. nicht auf Branchengliederung auf gebauter Verbände sind in dieser Weise vorgegangen. **Ökonomisch** wird die Streikversicherung der deutschen Arbeitgeber durch zwei große, an die beiden oben genannten Hauptverbände angegliederte Rückversicherungsgesellschaften.

Nach einer im Novemberheft des Reichs-Arbeitsblattes gegebenen Übersicht sind dem Kais. Stat. Amt gegenwärtig 17 öffentliche Streikentschädigungsgesellschaften bekannt (darunter 2 Rückversicherungsgesellschaften), von denen 14 nähere Angaben über ihre Geschäftsbahnung gemacht haben. Die Mitglieder der beiden Rückversicherungsgesellschaften beschäftigten Ende 1910 672042 Arbeiter. Ferner wurden noch von den 4 nicht rückversicherten Streikentschädigungsgesellschaften 445130 Arbeiter beschäftigt. Dazu kommen 1197987 Arbeiter, die bei Mitgliedern der nicht rückversicherten Unternehmerverbände mit Streikversicherung und bei Mitgliedern solcher Unternehmerverbände beschäftigt sind, die von Fall zu Fall Streikunterstützung zahlen. Das Gesamtergebnis ist, daß von den 127424 Mitgliedern der deutschen Arbeitgeberverbände mit 4027440 Arbeitern 47328 Mitgliedern mit 2315159 Arbeitern im Fall von Arbeitseinstellungen Geldunterstützung erwarten können. Für 37 Proz der in Arbeitgeberverbänden organisierten deutschen Unternehmer mit 58 Proz der beschäftigten Arbeiter ist also heute die Streikversicherung durchgeführt. Dabei hat sich gegenüber dem V. Jahre die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 362679 und gegenüber dem Bestande von vor zwei Jahren um 940159 vermehrt, also fast verdoppelt, ein Beweis für die überaus intensive Entwicklung dieser Institution.

Neugegründet wurden seit der letzten Berichterstattung 5 Streikentschädigungskassen und zwar die erste vom Zentralverband deutscher Arbeitgeber in den Transport-, Handels- und Verkehrsgewerben, die zweite vom Brandenburgischen Provinzial-Arbeitgeberverband für das Baugewerbe. Die dritte ist die Deutsche Streikentschädigungsgesellschaft, die solche Verbände als Mitglieder aufnimmt, die für eine selbständige Streikversicherung zu schwach sind. Eine mächtige Organisation ist die vom Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Beginn dieses Jahres gegründete Kasse, »Wehrschutz« genannt, deren 16874 Mitglieder nicht weniger als 216526 Arbeiter beschäftigen. Endlich hat noch der Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten eine Streikversicherung errichtet. Eine Statutenänderung und damit Ausdehnung ihres Geschäftsbereiches hat die Gesellschaft des Verbandes südsächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen vorgenommen. Sie hat auf der Generalversammlung am 18. Mai d. J. ihren Namen in Deutscher Industrieschutzverband umgeändert und nimmt jetzt Mitglieder aus dem ganzen Reiche auf.

Die Streikentschädigungskassen der deutschen Unternehmer zahlen Unterstützungen sowohl bei Streiks als meist auch bei Aussperrungen. Voraussetzung dabei ist jedoch, daß die Arbeitseinstellung nicht durch eigenes Verschulden des Arbeitgebers hervorgerufen ist. Die gewährte Unterstützung, deren Dauer übrigens begrenzt ist, besteht meist in einem bestimmten Prozentsatz des Arbeitverdienstes der Streikenden und zwar bewegt sich dieser Bruchteil zwischen 5 und 25 Proz. des durch-

schnittlichen Tagesverdienstes für jeden Ausgesperrten oder Streikenden pro Tag und Arbeiter. Manche Gesellschaften stufen ihre Leistung auch nach der Zahl der Streikenden ab. Ueber die im Jahre 1910 gezahlten Entschädigungen erfahren wir folgendes: Von der Rückversicherungsgesellschaft des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände wurde an 12 Arbeitgebervereinigungen Entschädigung für 2204857 ausgefallene Arbeitstage in Höhe von 205300 Mk. gezahlt. Für die anderen großen, der Hauptstelle angeschlossenen Rückversicherungsgesellschaften sind die gezahlten Entschädigungen nicht in ihrem Gesamtumfange angegeben; es treten hierfür die Angaben über die einzelnen bei der Kasse rückversicherten Entschädigungsgesellschaften. So hatte die Streikentschädigungsgesellschaft des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller an 93 ihrer Mitglieder für 1757798 ausgefallene Arbeitstage die kolossale Summe von 1317786 Mk. zu zahlen. Die Entschädigungsgesellschaft des Arbeitgeberverbandes Unterteile zahlte an 153 Mitglieder für 227250 verlorene Arbeitstage 66586 Mk. Endlich sei noch erwähnt, daß der nicht rückversicherte Deutsche Industrieschutzverband, Dresden, für 332909 verlorene Tage 229540 Mk. Entschädigung zahlte.

Ihre Unkosten decken die Streikentschädigungsgesellschaften der deutschen Unternehmer erstens durch die Eintrittsgelder, die zwischen $\frac{1}{10}$ und 1 pro Mille der gezahlten Jahreslohsumme schwanken, manchmal aber auch nach anderen Normen festgesetzt sind. Ferner durch die Beiträge ihrer Mitglieder, die gleichfalls auf Grund der gezahlten Jahreslohsummen festgesetzt sind. Der zu zahlende Bruchteil schwankt hier zwischen $\frac{1}{4}$ und 3 pro Mille dieser Summe. Bei einzelnen Gesellschaften sind nützlichfalls noch Nachschüsse zu leisten.

Nur im engsten Anschluß an ihre Berufsorganisationen und in ihrem steten Ausbau können die Arbeiter den furchtbaren Gefahren, die ihnen aus der weiteren Entwicklung der Streikversicherung der deutschen Arbeitgeber drohen, begegnen. Die Parole auf beiden Seiten ist jetzt: Macht gegen Macht! und der schwächere Teil muß unbedingt unterliegen. Darum hinein in die Gewerkschaften!
g. n.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs

Glossen zur Bewegung.

VIII.

Wie unzuverlässig und ungenau der Schutzverband seine Mitglieder über die Verhandlungen vom 7. Dezember unterrichtet hat, ist aus einem in Schreibmaschinenschrift vervielfältigten Zirkular zu sehen, das die Firma Wolfram & Hauptmann in Nürnberg an ihre streikenden Gehilfen zur Aufklärung von Mißverständnissen gesandt hat. Darin heißt es, nach-**em** betont worden ist, daß die Schutzverbandsleitung den Unternehmern nicht die Pflicht auferlegt, sondern nur das Recht eingeräumt wissen wollte, kürzere Arbeitszeiten auf 53 Stunden zu erhöhen, was in der Wirkung natürlich auf ein und dasselbe hinausläuft:

»Wir hören nun, daß dieser Punkt von der Streikleitung so ausgelegt wird, als ob die Arbeitszeit statt verkürzt, dadurch verlängert werden soll, daß die sogenannten Waspausen aufgehoben werden. Wir sehen uns deshalb veranlaßt, zu erklären, daß wir niemals die Waspausen und zwar aus ganz triftigen Gründen aufheben werden. Sollte die 53-stündige Arbeitszeit zur Einführung kommen, so wird bei uns alles beim alten bleiben, nur wird die Mehrstunde am Freitag abend von 6-7 Uhr in Wegfall kommen, wodurch die 53stündige Arbeitszeit erreicht ist.«

Wäre die Firma von ihrer Organisationsleitung gewissenhaft informiert worden, dann müßte sie wissen, daß es sich bei der Beseitigung der Waspausen nicht um eine Auslegung des Unternehmervorschlags durch die Streikleitung handelt, sondern daß dieser Vorschlag so, wie er von uns veröffentlicht wurde, auch tatsächlich gemacht und schriftlich fixiert worden ist. Die Schutzverbandsleitung hat es wohlweilich unterlassen, ihre Fassung des Punktes Arbeitszeit, die die Beseitigung der Waspausen usw. ausdrücklich fordert, im Wortlaut bekanntzugeben. Sie hat wohl geglaubt, daß diese Fassung auch bei den Unternehmern als ein den Friedensschluß hintertreibendes frivoles Manöver betrachtet werden würde. Das Zirkular der Nürnberger Firma lehrt, daß diese Ahnung richtig und die Totschweigekampagne der Schutzverbandsleitung bezüglich ihres Vorschlags darauf berechnet war,

nicht selbst die Unternehmer gegen ihr frivoles Spiel aufzuputschen.

Im übrigen nehmen wir Kenntnis davon, daß es die Firma Wolfram & Hauptmann ablehnt, den Zumutungen ihrer Organisationsleitung beizutreten. Das sollte sie aber lieber der letzteren recht eindringlich begründlich machen, statt den Streikenden durch Zirkulare zu verraten, wie not ihr selbst eingehende Aufklärung über Mißverständnisse tut, in die sie durch die ungenaue Berichterstattung des Schutzverbandes über die Verhandlungen vom 7. Dezember geflissentlich versetzt worden ist.

Da die Leitung des Schutzverbandes und sein Organ den Mitgliedern dieser Unternehmerorganisation nur frisierte Berichte über die letzten Verhandlungen geliefert und die von den Schutzverbandsvertretern vorgeschlagene Fassung des Punktes Arbeitszeit ganz vorenthalten haben, sah sich unser Hauptvorstand veranlaßt, die Unternehmer gewissenhaft mit dem Wortlaut des Schutzverbandsvorschlages bekannt zu machen. Er übermittelte den bestreikten und aussperrenden Firmen ein Zirkular, in das auch der Brief unseres Hauptvorstandes an die Schutzverbandsleitung vom 11. Dezember, der unsern Standpunkt zu den Verhandlungen klar präzisiert, Aufnahme gefunden hat. Wir sind überzeugt, daß diese wirkliche Aufklärungsarbeit vielen Unternehmern die Augen darüber öffnen wird, wie die Schutzverbandsleitung den Friedensschluß im Gewerbe frivol hintertrieben und die eigenen Mitglieder durch ihre schön frisierte Berichterstattung über ihre eigenen Vorschläge im Unklaren gelassen und genasfähr hat.

Unsere Veröffentlichungen und die Aufklärungsarbeit unseres Hauptvorstandes unter den Prinzipalen haben endlich auch das Schutzverbandsorgan veranlaßt, Farbe zu bekennen und den Wortlaut der von den Schutzverbandsvertretern vorgeschlagenen Fassung des Punktes Arbeitszeit bekannt zu geben. In der Extranummer 24a des »Deutschen Steindruckgewerbes« wird der Brief unseres Hauptvorstandes vom 11. Dezember zum Ausdruck gebracht, der ja auch den Unternehmervorschlag enthält, sodaß die Unternehmer endlich auch durch das Organ des Schutzverbandes selbst erfahren, daß unsere Darstellung der Ergebnisse der Verhandlungen vom 7. Dezember vollständig zutreffend waren.

Natürlich wird wieder mit allen Feinheiten versucht, die Wirkung dieser Verhandlungsergebnisse auf die Mißläufer des Schutzverbandes möglichst abzuschwächen, was dem Schutzverbandsorgan aber verteuert schwer fällt. Da uns die erwähnte Extranummer 24a erst nach dem Abschluß der vorliegenden Nr. der »Gr. Pr.« zugeht, müssen wir uns heute auf die Konstatierung der Tatsache beschränken, daß sie endlich das lange Versäumte nachgeholt hat, während wir auf den sonstigen Inhalt des Blattes leider erst in unserer nächsten Nummer eingehen können.

Zu diesem Inhalt gehört auch ein Artikel der »Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker«, den das Schutzverbandsorgan mit schamhaftem Behagen vollinhaltlich nachdruckt, weil darin die Bewegung im Steindruckgewerbe vom krassen Scharfmacherstandpunkt aus gewertet wird. Wir werden die Antwort nicht schuldig bleiben.

Ferner gingen uns während der Feiertage von verschiedenen Seiten Werbeflugblätter der »Freien Vereinigung der Steindruck- und Lithographen« zu, einer gelben Raureisferorganisation, die jetzt von Berlin aus ihre Arme auch nach anderen Städten zu strecken, für sich im Trüben zu fischen und damit für die Unternehmer Arbeitswillige zu gewinnen versucht. Auch auf diese neue Rettungs- und Hilfsaktion zu Gunsten des aussperrungswütigen Unternehmertums werden wir noch in der nächsten Nummer zu sprechen kommen, obwohl wir überzeugt sind, daß sie an dem guten und gesunden Geist der Kollegenschaft ebenfalls wirkungslos verpuffen wird.

In einer verzweifelten Lage scheint sich die Firma Georg Brunner in Nürnberg zu befinden, die, wie wir schon in Nr. 60 mitteilen konnten, alles, was Arbeit sucht, einladet, sie mit Zeugnissen und Referenzen besuchen zu wollen. Damit die Arbeiter anderer Berufe, die sie durch diese Schreibarbeit zu gewinnen hofft, auch die notwendige Anleitung erhalten können, schreibt die Firma außerdem an alle Kollegen, die sich vor mehr als 2 Jahren auf Grund eines Inserats einmal um eine Stellung in der Firma bewarben, rührselige Bittbriefe, ihr doch ja als Rausreißer beizuspringen. Zur Beistützung unserer Kollegen wollen wir eines dieser Elaborate, die sich alle gleichen wie ein Ei dem andern, hier mitteilen:

»Ich komme auf Ihre selbsterzielte Offerte vom Jahre 1909 zurück, die ich von Ihnen erhalten habe, als ich einen oder mehrere Unterfaktoren, bezw. auch Unterwerkführer suchte.

Mein heutiges Schreiben hat aber nur dann einen Wert, wenn Sie weder organisiert, noch an irgend eine Firma unserer Branche Verpflichtungen haben. Wie Sie wissen, ist gegenwärtig in unserer Branche Streik und besteht mein ganzes Personal mit den weiblichen Arbeitskräften überhaupt aus nicht mehr als ca. 20 Mann und bin ich nicht gewillt, irgend einen, sei es männlich oder weiblich der ausgetretenen Personen wieder einzustellen, sondern ich will meinen Betrieb vollständig organisationsfrei machen, indem ich mir lauter tüchtige Leute engagiere und denselben trotz der in absehbarer Zeit möglichen Lösung des Streikes dauernde und sichere Stellung in meinem Hause verspreche und eventl. durch Privatversicherung den Leuten ein Äquivalent für ihre Gewerkschaftskasse gebe, indem ich von den anderen möglichst niemand mehr aufnehme.

Sollten Sie nun geneigt sein, den Posten eines ersten Maschinenmeisters, Andruckers, oder ersten Umdruckers zu übernehmen, so bitte ich um Ihre gütige Offerte und Einsendung Ihrer Zeugnisse, sowie Angabe Ihrer Lohnansprüche, überhaupt allem, was notwendig erscheint, mich zu einem dauernden und sicheren Engagement für Sie zu bewegen.

Hauptsache ist natürlich, daß Sie sicher und sattelfest sind und das auch bleiben und sich nicht von den Streikposten Ihrer zukünftigen Stellung abhalten lassen.

Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß, falls Sie von den Streikposten von Ihrer Arbeit abgehalten werden sollten, dies eventl. mit Gefängnis bestraft wird, wenn ich den Betreffenden gerichtlich verfolgen lasse. Hochachtung *Georg Brunner.*

Es genügt wohl, mitzuteilen, daß die Versuche der Firma, ihren Unternehmerkollegen tüchtige Kräfte zu entziehen, ganz ergebnislos geblieben sind. Die mit den Bittbriefen bedachten Kollegen bedankten sich dafür, ihr Koalitionsrecht ausgerechnet für einen Posten in der Firma Georg Brunner zu verkaufen. Die Firma wird noch einmal froh sein müssen, wenn nach der Beilegung der Gesamtbewegung organisierte Gehilfen überhaupt geneigt sind, Stellung bei ihr anzunehmen. Und ob sie nach dem Friedensschluß die Streikenden wieder einstellen oder von diesen »möglichst niemand mehr aufnehmen« will, kommt schließlich nicht bloß auf diesen Unternehmer an, der das Recht, sich seiner Berufsorganisation anzuschließen, zwar für sich in Anspruch nehmen, den Arbeitern aber verbieten will. Das haben schon andere Leute als Herr Georg Brunner versucht, um kläglich dabei Schiffbruch zu leiden. Und Herrn Brunner wird es schließlich nicht besser gehen.

Die »Mitteilungen des Vereins schweizerischer Lithographiebesitzer«, der durch den Tarifabschluß mit unserem schweizerischen Bruderverbände eine vernünftige und dem Gewerbe dienende Heimatpolitik trieb, fällten über die Gehilfenorganisation das folgende einsichtsvolle und kluge Urteil:

»Der Lithographenbund ist nicht nur eine starke, sondern eine gut geleitete Gewerkschaft, die ihren Mitgliedern in kranken Tagen, bei Arbeitslosigkeit und in verschiedenen anderen Lebenslagen hilfreich zur Seite steht und ihre Interessen in jeder Beziehung zu vertreten weiß. Wir wollen nicht bereits früher gesagtes wiederholen, sondern wir resümieren: So gut wie wir es für die Pflicht eines jeden Prinzipals ansehen, seinem Verbandsangehörigen, als ebensoviele verständlich erachten wir das für jeden Gehilfen.«

Wir sind überzeugt, daß unsere Kollegen in der Schweiz in der Tarifgemeinschaft mit einem Unternehmertum, dessen Organ der andere Partei in dieser einsichtigen Weise gerecht zu werden versteht, harmonisch und förderlich für beide Teile arbeiten können werden. Das Litho-

graphiegewerbe der Schweiz wird den Vorteil davon haben.

Und nun vergleiche man mit dieser Haltung des Organs einer ausländischen Unternehmerorganisation die Haltung des Organs des Schutzverbandes deutscher Steindruckereibesitzer und seine wütende Hetze gegen die deutsche Gehilfenorganisation, die auf genau denselben Grundlagen aufgebaut ist wie der schweizerische Lithographenbund. Welche von beiden Unternehmerorganisationen ihr heimisches Gewerbe fördert und welche es ruiniert, oder mit anderen Worten, welche von beiden die klügere ist, wird nicht nur von jedem Kollegen, sondern auch von jedem einsichtigen deutschen Unternehmer un schwer entschieden werden können. Und daher, Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer, nimm Dir ein Beispiel an dem schweizerischen Unternehmerverband und seiner Heimatpolitik; gehe hin und tue dergleichen!

Gedanken eines Ausgesperreten.

Fast ein Vierteljahr dauert der allgemeine Kampf. Auf der einen Seite Ringen um ein menschenwürdiges Dasein, um eine Verbesserung der Lebenslage, die in anbetrachter der Verhältnisse so durchaus notwendig ist. Auf der anderen Seite ein Unternehmertum, das geleitet wird von Personen, deren Ziel einzig und allein ist: Vernichtung der Organisation! Die letzten Wochen haben auch den friedfertigsten Kollegen die Augen geöffnet; die letzten Verhandlungen haben gezeigt, in welcher empörender Weise uns Verschlechterungen geboten wurden. Alle Schönfärberei der Unternehmerrzeitung ändert an dieser Sachlage gar nichts, möge das Blatt den Gehilfen auch noch so oft zugestellt werden. Heute weiß jeder Kollege, um was es sich handelt.

Da jammert man wohl im Unternehmerrlager über den »Niedergang unseres Gewerbes«, der angeblich durch die »Begehrtheit der Gehilfen« hervorgerufen wird. Aber gerade zur rechten Zeit erfolgte dieser Tage der endgültige Tarifabschluß unserer Kollegen in der Schweiz, den alle deutschen Kollegen und Prinzipale eingehend studieren sollten. Klar und deutlich sieht man hier, wie der Friede im Gewerbe zum besten beider Teile erhalten bleiben kann, wenn nur ein bisschen guter Wille vorhanden ist. Sollte das Studium dieses Tarifabschlusses nicht bei den meisten deutschen Prinzipalen eigenartige Gefühle auslösen? Sollten auch sie nicht einmal der Gewaltpolitik satt werden und sich nach einem Frieden sehnen mit denjenigen Leuten, auf deren fröhliche Mitarbeit sie in friedlichen Zeiten angewiesen sind?

Nach dem bisherigen Verlauf des Kampfes ist es kaum zu hoffen, daß die Unternehmer nach drücklichst auf eine Sinnesänderung bei ihren führenden Personen drängen werden. Die Kollegenchaft sollte sich aber an diesem bisherigen Verlauf ein Beispiel nehmen. Aufgepeitscht sind wir alle ohne Ausnahme, dazu hat die Haltung der Unternehmer bei den letzten Verhandlungen und der Tarifabschluß in der Schweiz beigetragen. Manches grimmige Wort hört man jetzt von den sonst Friedfertigen, nun sind sie alle bereit, den Kampf durchzusetzen. Und sollte es noch Wochen über Wochen dauern, so wollen wir bereit sein, der Gewaltpolitik einiger Scharfmacher stets unsere Ruhe und Entschlossenheit entgegen zu setzen. Wer noch auf seine Ehre als Arbeiter etwas gibt, der weiß auch, wohin er gehört, was er zu tun und zu lassen hat.

Was aber dem größten Teil unserer Prinzipale für Vorteile aus der steten Scharfmacherei ihrer Führer erwachsen, mögen sie sich einmal selbst ausrechnen. Jene Herren fischen im Trüben! Dazu einige Beispiele. So versuchte die Firma Molling in Hannover, deren Inhaber Kreisvertreter des Schutzverbandes ist, Gehilfen aus anderen Firmen in dieser Zeit für sich zu gewinnen. Dieser Tage wurde ein Kollege aus der Firma Scherer zu der Firma Molling gerufen, dessen Vater als Schleißer daselbst beschäftigt ist. Auf diesen Kollegen wurde so lange eingewirkt bis er umgefallen war; dann wurde ihm gesagt, man könne ihm nicht mehr Lohn zahlen, als er bei Scherer verdient habe. (Lohnkataster!) Er habe dort 28 Mk. erhalten. Damit er aber jetzt doch 32 Mark verdienen könne, solle er die überschüssigen 4 Mark als Exarrestschädigung am Schluß des Monats bekommen! Eine wirklich feine und das so oft betonte Ehrgefühl so recht beleuchtende Handlungsweise! Sie denn der Gehilfe hat es vorgezogen, nach einträglichem Wirken seine Tätigkeit bei Molling wieder aufzugeben.

Ganz ähnlich liegt ein anderer Fall gegenüber der Firma Leunis & Chapman. Hier hatte man jedoch keinen Erfolg, trotzdem die Versuche wochenlang fortgesetzt wurden und der Herr Kreisvertreter p. r. s. ähnlich den Gehilfen zu sich bat. Der Kollege blieb fest, fester als der Herr Kreisvertreter in der

ehrlichen Gesinnung gegenüber seinen Klassen-genossen. Oder sollte dem Inhaber der Firma Molling von allen diesen Dingen nichts bekannt sein?

Man jammere also den Lithographen und Steindruckern nichts vor über ihre Führer, wie sie die Kollegen betören u. s. w. Die Kollegenchaft weiß, daß sie ihren Führern vollstes Vertrauen entgegen bringen kann. Solche Sachen wie bei den Unternehmern kommen bei uns denn doch nicht vor! Daß läßt das Ehrgefühl eines Arbeiters nicht zu! Möge der Kampf nach Wochen auslaufen, wie er wolle: wir sind uns bewußt, daß unsere Führer alles getan haben, um ihn so bald als möglich zu beenden. Gegenüber den letzten Anmaßungen der Prinzipalführer erwarten wir jedoch von unserem Vorstand ein steifes Rückrat und wir sind überzeugt, daß wir in dieser Erwartung nicht getäuscht werden.

Sollte der Kampf uns keine nennenswerten Vorteile bringen, so ist sich die Kollegenchaft doch bewußt, wie sie sich in der Folge zu verhalten hat. Freude werden die Unternehmer niemals an einem Personal haben, das mit Groll und Unzufriedenheit seine Arbeit verrichtet. Das ändert auch kein Kontrollsystem, keine Drohung und kein Aufpasser- und kein Antreiberwesen. Die Schweiz hat uns gezeigt, was möglich ist. Warten wir die endgültige Entscheidung ab und dann wollen wir urteilen, ob es das Entgegenkommen wert ist, daß jeder von uns noch mit Freude und Interesse in der Zukunft seine Arbeit verrichten kann. S. W., H.

Aus unserm Bulletin.

Internationale Uebersicht von 1910.

Wie von den Jahren 1908 und 1909 die Jahresberichte veröffentlicht wurden, so bringen wir nachstehend eine Uebersicht von dem Jahre 1910. Leider haben wir trotz wiederholter Mahnung die Angaben von Belgien diesmal nicht erhalten können; auch Amerika (Plakatlithographen) fehlt diesmal. Trotzdem läßt die Zusammenstellung eine ganze Reihe interessanter Schlüsse zu. In diesem Jahre wurden die belgischen und holländischen Bruderorganisationen zu je einem Einheitsverbande zusammengelagert sodas im nächsten Jahre auch nach dieser Richtung hin ein Fortschritt zu verzeichnen ist.

Die Statistik zeigt eine Mitgliederzunahme in Dänemark, Holland (Steindruckern), Holland (Lithographen), England (Chemigraphen) Norwegen, Oesterreich (Lithographen), Oesterreich (Photographen) Schweiz und Ungarn; während in Deutschland, London (Steindruckern), Italien und Schweden ein Mitgliederrückgang zu verzeichnen ist. Dieser Rückgang in Deutschland ist auf den schlechten Beschäftigungsgrad zurückzuführen; trotzdem sind im Jahre 1910 noch 126 Mitglieder mehr als in dem Jahre 1908 vorhanden. Im Jahre 1911 macht sich in Deutschland wieder eine Mitgliedersteigerung bemerkbar. Den größten Mitgliederrückgang hat Schweden zu verzeichnen. Während hier im Jahre 1908 noch 361 Mitglieder vorhanden waren, sind es im Jahre 1909 nur 240 und im Jahre 1910 nur 211 Mitglieder gewesen, also ein Rückgang um 41,5 Proz. Dieser Mitgliederrückgang ist leider zum großen Teil auf den letzten großen Streik resp. auf die letzte allgemeine Aussperrung zurückzuführen. Wie uns berichtet wird, soll sich die Mitgliederzahl auch in Schweden wieder zu heben beginnen. Von Frankreich ist in diesem Jahre eine Mitgliederzahl nicht gemeldet und dürfte die Zahl von dem Jahre 1909 in Rechnung zu ziehen sein. Von Finnland sind nur 125 Mitglieder angegeben und dennoch ist die Angabe diesmal richtig. Bei der Angabe vom Jahre 1909 sind auch die Buchdrucker und Buchbinder mitgezählt, die bekanntlich in Finnland mit den Lithographen und Steindruckern einen gemeinsamen Verband haben. Es sind in Finnland 97 Steindruckern, 23 Chemigraphen und fünf Lithographen als Mitglieder angegeben. Wenn wir die gleiche Mitgliederzahl von Frankreich wie im vorigen Jahre einseitigen und Belgien dazu rechnen; so haben wir außer der neuangeschlossenen spanischen Organisation einen Gesamtmitgliederbestand von etwa 30250, die der internationalen Organisation angeschlossen sind.

Die Mitgliederbeiträge sind recht verschieden in den Landesorganisationen; den niedrigsten Beitrag zahlen die Mitglieder in Frankreich, dann folgt Holland (Lithographen und Steindruckern), Italien usw. Den höchsten Beitrag zahlen die Mitglieder in Norwegen, dann folgt Ungarn, Schweiz Deutschland, Oesterreich, London und England (Steindruckern), dann England (Lithographen), Dänemark, Holland (Chemigraphen), England (Stein-schleifer) Oesterreich (Photographen), Finnland und dann Schweden. Nur in Frankreich und Finnland werden die Beiträge monatlich, in allen übrigen Ländern wöchentlich gezahlt. In Holland wird der Beitrag je nach dem Verdienst in bestem Prozentsatz erhoben. In Italien ist der feste Beitrag 30–50 ctm.; daneben wird noch für Arbeitslosenunterstützung 10 ctm. und für Kranken- und Sterbenunterstützung 20 ctm. per Woche gezahlt. In Oesterreich ist der feste Beitrag für Hilfsarbeiter 40 Heller und für die Gehilfen 1,30 Kr. per Woche; daneben wird noch 1 Heller per Lohntrone Verdienst für den Streikfond erhoben. In der Schweiz ist der feste Beitrag 1,70 und 1,80 Fr. mit 20–30 ctm. Exrsteuer.

Die Einnahmen haben sich in den meisten Landesorganisationen gegenüber denen des Jahres 1909 vermehrt, nur Dänemark, England (Schleifer) und Schweden haben eine Weniger-Einnahme gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen gehabt. Italien hatte eine über das Doppelte so hohe Einnahme als im Vorjahre, doch ist hierin die Einnahme an Streikunterstützung mitenthalten. In Schweden ist die Einnahme von 1909 um 10000 Kr. höher als im Jahre 1910, auch dies kommt von der Streiksammelber. Die Ausgaben für Unterstützungszwecke haben sich gegenüber dem Jahre 1909 allgemein verringert. Streikunterstützung wurde 1909 in zehn Landesorganisationen und im Jahre 1910 in sieben Landesorganisationen gezahlt. In Deutschland, Italien und Oesterreich ist die Streikunterstützung höher als im Jahre 1909. Die Unterstützungen an Arbeitslose und auf der Reise sind fast allgemein gegenüber dem Vorjahre gefallen, was auf eine günstigere Konjunktur in allen Ländern hinweist. Das Jahr 1910 war wirtschaftlich weit günstiger als 1909 und daher auch der geringere Satz der gezahlten Unterstützung. Die Auszahlung an Unterstützung für kranke Mitglieder ist auch gefallen, was auch mit der günstigeren Konjunktur zusammenfällt; nur in einzelnen Ländern wurde einiges mehr an Krankenunterstützung ausgegeben. Der Vermögensbestand ist mit Ausnahme von Italien und Holland (Lithographen) allgemein gestiegen. In Italien ist der Vermögensbestand infolge des Streiks um 10000 Lire geringer als im Jahre 1909 und in Holland (Lithographen) infolge ungenügender Beitragsleistung um 200 Gulden geringer; außergewöhnliche Ausgaben kamen hier nicht vor, auch ist für Streikzwecke nichts verausgabt. Das gesamte Vermögen aller Landesorganisationen betrafte sich am 31. Dezember

1910 auf zihka 2085 000 Mark. Vergleichen wir den Vermögensbestand der einzelnen Landesorganisationen nach der Kopfzahl der Mitglieder, so steht die Schweiz an der Spitze der dem Internationalen Bund angeschlossenen Organisationen. Es hatten pro Kopf einen Vermögensbestand, in Mark umgerechnet, am 31. Dezember 1910 die Landesverbände in der Schweiz 158, England (Lithographen) 128 50, Ungarn 112 65, Norwegen 107, England (Steindruck) 76, Oesterreich (Lithographen) 65 25, Deutschland 60, London (Steindruck) 56, London (Schleifer) 53, Oesterreich (Photographen) 44,30, Dänemark 51 50, Schweden 23 80, Finnland 13 50, Italien 10 80, Frankreich 8 85, Holland (Chemigraphen) 5,50 und Holland (Lithographen) 1,20 Mk.

Wir schließen damit unsere Betrachtungen und glauben für die einzelnen Landesorganisationen damit einiges Material für die weitere Agitation geboten zu haben. Sicher gibt diese Zusammenstellung viele Anhaltspunkte und Beweise, wo der Hebel für den Ausbau der Organisationen angesetzt werden muß. Die immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Kämpfe nötigen die Gewerkschaften zum inneren Ausbau, dazu soll das hier angeführte als Beweis beitragen.

Nr. 16 des Bulletins bringt außer der nachstehend wiedergegebenen Uebersicht noch Berichte aus Belgien, Deutschland, Norwegen, der Schweiz, Spanien und Ungarn. Ihr Inhalt ist den deutschen Kollegen bereits durch die Berichte der »Gr. Pr.« aus den einzelnen Ländern bekannt, mit Ausnahme der Mitteilungen aus Spanien, die in der Rundschau dieser Nummer veröffentlicht werden.

Landesorganisationen	Mitgliederbestand am		Beträge in	Jahres-einnahme des Verbandes	Jahres-ausgabe des Verbandes	Jahresausgabe an Unterstützungen bei		Vermögensstand am	
	1. Januar 1910	1911				Streiks	Reisende	1. Januar 1910	1911
Dänemark	333	358	Kronen	13022	10576	727	5068	7032	10070
Deutschland	16756	15721	Mark	1178756	1049511	83571	246450	814303	943548
England, Lithographen	1700	1700	Schilling	3431.8	2121.19	—	520.0	428.4	6796.19
Steindruck	4531	4675	—	10929.18	—	4-15	88.10	1524.15	2461.0
London, Steindruck	550	540	—	1688.0	1341.0	—	408.8	341.10	191.8
Schleifer	128	129	—	156.6	126.1	—	27.4	27.15	—
Finnland	1026	125	Mark	526.0	1003	—	95.0	—	100080
Frankreich	1692	1692	Franks	14441	1252	2103	165	—	16851
Holland, Lithographen	307	317	Gulden	2397	2745	—	523	625	430
Chemigraphen	306	328	—	4336	3300	—	333	—	299
Italien	1340	1100	Lire	36714	46213	33160	3700	5051	24338
Frankreich	225	246	Kronen	17902	8542	—	1315	3992	404
Norwegen	3180	3454	—	162462	146201	42290	36066	42715	15723
Oesterreich	151	167	—	3565	3449	—	322	294	59
Photographen	240	211	—	6009	4937	—	1991	1898	341
Schweden	660	717	Franks	58438	37479	3261	7514	14382	170697
Schweiz	445	456	Kronen	43457	31432	—	9318	12175	438

Bulletin des intern. Bundes der Lithogr., Steindr. und verw. Berufe. Nr. 16, November 1911.

Ortsberichte.

Crefeld. Am 16. Dezember nahm die hiesige Kollegenschaft in einer stark beachteten außerordentlichen Mitgliederversammlung Stellung zu den Verhandlungen vom 7. Dezember. Den Bericht erstattete der Vorsitzende. Aus der Diskussion war zu erkennen, daß der Kampfesmut der hiesigen Ausgesperrten abgeschwächt fortdauert. Einmütig wiesen die Kollegen die Zumutungen des Schutzverbandes, wonach unsere Arbeitszeit eher verschlechtert als verbessert werden würde, zurück, was in folgender von den Ausgesperrten eingebrachten Resolution zum Ausdruck kam: »Die Ausgesperrten Crefelds ersuchen den Hauptvorstand, strikte an den zuerst gestellten Forderungen (51 stündige Arbeitszeit, Mindestlohn für Ausgelernete, Lehrlingswesen usw.) festzuhalten und überhaupt dem Schutzverbande gegenüber mehr Rückgrat zu zeigen. Ihrerseits verpflichten sie sich, treu auszuhalten, bis der Sieg auf der Seite der Gehilfen ist.«

Flaun i. V. Am 20. Dezember fand hier eine gut besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Der Gauvorsitzende Kollege Heibst referierte über den Stand unserer Bewegung. Alle Anwesenden erklärten sich mit den Ausführungen einverstanden und ließen das Vorgehen des Hauptvorstandes gut. Durch eine einstimmig beschlossene Resolution wurde den im Kampfe stehenden Kollegen versprochen, sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen. Zum Schluß wurde noch über eine Verhandlung berichtet, die mit einer Firma unseres Zahlstellengebietes am Versammlungstage stattgefunden hatte. Durch die Verhandlung wurden die in der betreffenden Firma ausgebrochenen Differenzen beigelegt.

Selb i. B. Am 28. November sprach hier in einer Mitglieder-Versammlung Kollege Rieß Fürth über die Entwicklung und den Stand unserer gegenwärtigen Bewegung. Er geißelte scharf das Treiben und läugerische Gebaren der Schutzverbandesleute, wobei er auch das geübte Frankfurter Verhältnissen und die 6000 Mk. Geschichte ins rechte Licht stellte. Die Versammlung billigte voll und ganz die Haltung und die Maßnahmen des Hauptvorstandes und hofft, daß der Kampf nicht eher beendet wird, bis sich die Scharfmacher im Schutzverbandeslager zu annehmbaren Zugeständnissen bereit erklären. Die Versammelten betrachteten es als ihre heiligste Pflicht, die kämpfenden Kollegen in jeder Weise zu unterstützen.

Der Steindruck.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Nolandrucker.

Ein wichtiger Entscheid in einer Mustersache.

Vor dem Königlichen Amtsgericht Selb hat Anfang Dezember eine Verhandlung stattgefunden, die mit einem glänzenden Freispruch des Angeklagten endete; sogar die Verteidigungskosten des Rechtsanwalts Hofmann mußten auf die Staatskasse übernommen werden. Wie schon manchenmal, so auch in diesem Falle: den Beschuldigten, der sich keiner rechtswidrigen Tat bewußt war, mußte man laufen lassen, das Gericht stellte sich mit der Begründung des Urteils auf seine Seite, und der Spieß wurde umgedreht — den Klägern wurde im Gerichtssaale klar gemacht, daß sie in ganz leichtfertiger Weise mit der Existenz und der Ehre eines völlig unbeholtenen Arbeiters gespielt haben, indem sie bei Erstattung der Anzeige durch übertriebene Angaben dessen Verhaltung erwirkt hatten. Nach eingehender Beweisaufnahme mußte selbst der Staatsanwaltsvertreter die Freisprechung beantragen und nach gesundem Urteil und gesundem Rechtsempfinden sollte eigentlich den Anklägern der Prozeß gemacht werden.

Ein bei der Firma Ph. Rosenthal & Co., Porzellanfabrik Selb beschäftigt gewesener Steindruck-Obermaschinenmeister hatte sich bei Lösung des Arbeitsverhältnisses eine Rolle Druckbogen zurechtgelegt und einen Lehrling beauftragt, diese Bogen aus der Fabrik und zu ihm in die Wohnung zu tragen. Dem Lehrling wurde aber von einem Angestellten der Firma die Rolle abgenommen und der Direktion übergeben, Polizei und Staatsanwaltschaft wurden von diesem »Diebstahl« verständigt und der Steindruck, der unterdessen schon abgereist war, wurde bei seiner Ankunft in München verhaftet. Der Haftbefehl ist deshalb erlassen worden und wurde trotz aller Vorstellungen der Verwandten des Verhafteten nicht zurückgezogen, weil Fluchtverdacht bestanden habe und — man höre! — weil die Vertreter der Firma Rosenthal behaupteten, daß sie um zirka 500 Mark geschädigt worden wären, wenn der Maschinenmeister diese Bogen mitgenommen hätte;

ja sie hatten sogar einen Idealwert von 5000 Mk. angegeben, so kostbar war ihnen das Objekt, so wertvoll erschien ihnen diese Rolle Druckbogen. Der »schwere Verbrecher« wurde also vom 1. bis 29. November, dem Tage der Hauptverhandlung, in Untersuchungshaft gehalten, dabei hatte er noch das Glück, daß Voruntersuchung und Ermittlungsverfahren äußerst beschleunigt worden sind. Hätte man sich nicht so beeilt, dann wäre er schließlich heute noch von Weib und Kind getrennt und würde heute noch auf Staatskosten gefüttert.

Die Sache kam also vor das Amtsgericht, die Kläger waren nämlich im Laufe der Zeit auf 50 oder 70 Mk. heruntergegangen. Der Angeklagte war geständig und gab ohne weiteres die Absicht zu, sich in den Besitz dieser Druckbogen zu setzen. Er demonstrierte vor Gericht, daß es schon immer ein fester Brauch im Steindruckgewerbe ist, daß die Gehilfen Musterabdrücke selbstgefertigter Arbeiten an sich nehmen und sammeln, ohne dabei an den Diebstahlsbegriff zu denken. Sie müssen diese Arbeitsproben haben, weil sie beim Stellenbewerb von hohem Werte für sie sind, denn die Unternehmer verlangen in der Regel, daß die Gehilfen durch Einübung von Arbeitsmustern über den Grad ihrer persönlichen Geschicklichkeit Nachweife führen. Auch zur eigenen Fortbildung benötigen Lithographen und Steindrucker Abdrücke ihrer Arbeiten. Zur Verhandlung waren außer den Zeugen über ein halbes Dutzend Sachverständige aus Unternehmer und Gehilfenkreisen geladen, die, soweit sie eben wirklich Verständnis für die Sache hatten, ebenfalls die Anschauung vertraten, daß das Annehmen von Musterabdrücken Sitte und Brauch in diesem Gewerbe ist und nicht als Diebstahl ausgelegt werden darf. Auch die Vertreter der Firma Rosenthal mußten zugeben, daß sie vor Engagementsabschluß von den Gehilfen Arbeitsmuster einfordern.

Ein Herr Doktor Zöllner aus Selb, der in der Fabrik als direkter Vorgesetzter des angeklagten Maschinenmeisters viel mit diesem zu tun hatte, war nun in seiner Zeugnisaussage so unvorsichtig, daß man den Eindruck gewinnen mußte, es seien rein persönliche Gründe mit maßgebend gewesen, welche die Firma zu dem scharfen Vorgehen gegen den Angeklagten gedrängt haben. Herr Doktor Zöllner ließ sogar sehr beleidigende Äußerungen fallen, er sagte, daß ihn dieser Maschinenmeister in der schändlichsten Weise belogen und betrogen habe, daß er ihm alles zugeraut, ja selbst der Sabotage für fähig gehalten. Das ist viel gesagt und nichts bewiesen! So war es mit der ganzen Anklage. Hätte man die überzähligen Nullen im Vorhinein bei Seite gestellt, dann wäre der Arbeiter jedenfalls nicht verhaftet worden, es wären ihm sehr viel Unannehmlichkeiten erspart geblieben. Und der Staatskasse wäre das Geld erhalten geblieben, welches das Rechtsverfahren gekostet hat. Aus der »Oberfränkischen Volkszeitung«.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker

Essen — Berlin.

Essen — Berlin, zwei in ihrer Art verschiedene Fälle, die in eklatanter Weise wieder einmal zeigen, wie einige Prinzipale unabhängig entweder im geheimen oder aber ganz öffentlich gegen die Tarifgemeinschaft intrigieren. Ungeachtet aller tariflichen Bestimmungen treffen einige Firmen Maßnahmen, die dem Sinne der Tarifgemeinschaft strikt zuwider laufen. Die »Tariftreue« dieser Firmen erscheint hierbei in eigenartiger Beleuchtung. Sind auch die Arten der Verstöße in Essen und Berlin verschieden, so haben sie doch beide gemeinsame Merkmale. Einmal gilt es den Unternehmern, die Rechte der Gehilfen, also des wirtschaftlich schwächeren Kontrahenten, in tarifwidriger Weise zu beschneiden, zum andern aber versuchen sie um so ungenierter ihre rein persönlichen Interessen und Wünsche als Unternehmer geltend zu machen und zu befriedigen.

In Essen ist es zunächst der reine Machtstandpunkt, der die Firma veranlaßt hat, für sich Rechte in Anspruch zu nehmen, die eine Benachteiligung der Gehilfenschaft in ungehöriger Weise bezwecken. In Berlin sind es egoistische Kapitalinteressen, die die Mißachtung der Vereinbarungen bewirken. Beiden zusammengenommen sind allerdings bekannte, selbstverständliche Unternehmereigenschaften, die von gutem sozialen Verständnis, nicht etwa für die Arbeiterklasse, sondern für die Unternehmer zeugen. Allein betrachtet sind diese Tatsachen also weniger auffällig. Wir müssen vielmehr die Vorgänge in Essen und Berlin in Verbindung bringen mit dem, was sich im Laufe der letzten Jahre im gesamten Unternehmerlager zugetragen hat, um feststellen zu können, was die Gehilfenschaft bei all diesen Maßnahmen der Prinzipale zu besonderem Protest herausfordert.

Zwei Tatbestände sind es, die jetzt der Situation in der Tarifgemeinschaft ihre Gepräge ausdrücken. Als erster Tatbestand ist die von einem großen Teil im Gewerbe nicht unmaßgebender Unternehmer ständig geübte Umgehung und Durchbrechung der

Preiskonvention zu nennen, die als Mittel zum Zweck für eine Art Monopolstellung der Unternehmer im Gewerbe dient, begünstigt, gefördert und hoch gehalten durch die organisierte Gehilfenschaft. Der zweite Tatbestand, der gewissermaßen als Äquivalent gilt für das Eintreten der Gehilfen für die Preiskonvention, besteht in all den Maßnahmen, die das organisierte Unternehmertum seit etwa Jahresfrist getroffen hat, um ein Aufwärtsstreben und wirtschaftliches Emporkommen der Gehilfenschaft nach Kräften zu verhindern. Hierher gehören: Das jeder gesetzlichen Grundlage entbehrende Verbot der Lehrlingsorganisation; der zum Zwecke der Niederhaltung der Löhne eingerichtete Lohnkatalog; die Begünstigung des gewerbeschädigten Zwischenmeisterturns durch die Aufnahme von Privatretoucheuren in den Bund und die Tarifgemeinschaft. Also ganz systematisch und womöglich noch unter der Flagge der Tariftreue versucht man die gewerkschaftlichen Erfolge der Gehilfenschaft zu reduzieren.

Das sind ja nun alles Erscheinungen, die im Zeitalter des Kapitalismus selbstverständlich sind. Sie sollen uns auch nicht aus unserem seelischen Gleichgewicht bringen. Empörend muß aber die Tatsache wirken, daß es vor allen Dingen die helfend-sanktionierte Preiskonvention ist, die unsere Unternehmer veranlaßt und immer wieder anfeuert, den Frieden in der Tarifgemeinschaft zu gefährden. Die Preiskonvention ist die Ursache wohl der meisten Tarifkonflikte. Den Bestimmungen der Preiskonvention, die Garantie leisten soll für eine Gesundung der Preisverhältnisse bei der Erzeugung chemographischer Proben, möchten sich viele Unternehmer gern entziehen. Wohl sind die Unternehmer Anhänger der Preiskonvention, aber nur insoweit, als ihnen durch der Gehilfen Zutun eine Art Monopolstellung im Gewerbe verschafft wird, nicht aber dann, wenn etwa der gefährdete Bücherrevisor auf der Bildfläche erscheint, um zu kontrollieren, ob man nach Qualität oder Quantität produziert und verkauft hat. Das war der Fall bei den Berliner Firmen, denn die Voraussetzung zum Abschluß des bekannten Vertrages war ja der eventuell erfolgende Ausschuß aus der Tarifgemeinschaft wegen Umgehung der Preiskonvention. Ebenso lagen die Dinge bei einer Reihe anderer nicht gerade kleiner Firmen. Wenn auch in Essen davon zunächst nicht die Rede sein kann, so ist es doch nur zu bekannt und auch grade in Essen nicht und gar unmöglich, daß man sich durch die Herausforderung von Konflikten nur der lästigen Preiskonvention zu entziehen versucht. Die Konsequenzen aber haben dann wiederum der Preiskonvention zufolge die Gehilfen zu tragen, da die Arbeitslosigkeit durch den notwendig erfolgenden Ausschuß solcher Firmen natürlich für uns organisierte Gehilfen geringer wird. Und das ist die Kehrseite der Medaille.

Die Preiskonvention ist vorläufig noch ein wichtiger Bestandteil der Tarifgemeinschaft. Sie legt uns demzufolge Pflichten, aber auch bedeutende Beschränkungen auf, die auf Gehilfenseite eine genügende freie Machtenhaltung verhindern, auf Unternehmenseite aber in entgegengesetzter Richtung wirken. In einer Tarifausschussitzung im Januar 1911 ging das ungenierte Verlangen der Unternehmer, das Verfügungsrecht der Gehilfen zu unterbinden, sogar soweit, daß sie protestierten gegen unsere statistischen Aufnahmen über Parteizugehörigkeit und Zeitungsubskription. Wir haben heute weniger denn je Garantien und Gegenleistungen dafür, daß wir zufolge der Preiskonvention als Bestandteil der Tarifgemeinschaft einen Teil unserer Aktionsfreiheit aufgeben. Diese Lähmung unserer Bewegungsfreiheit, auferlegt im Interesse des Zustandekommens der Tarifgemeinschaft, dann die verringerte Arbeitslosigkeit, hervorgerufen durch Ausschuß der Konvention nicht einhaltenden Firmen, gegenübergestellt der ungenierten oft tarifwidrigen Geldermachung des Herrn im Hause-Standpunktes sind es, die zum schärfsten Protest herausfordern.

Die bei Einführung der Institution des Bücherrevisors von uns gehegte Befürchtung, daß diese schärfere Kontrolle zu Konflikten öfters Anlaß geben werde, ist voll und ganz eingetroffen. Darin liegt aber gleichzeitig eine Bestätigung für die berechtigte Geldermachung der Abneigung gegen die Preiskonvention unsrerseits.

Beim Abschluß des ersten Tarifes von 8 Jahren war die Schutzkonkurrenz ganz allgemein verbreitet. Die Unternehmer verlangten deshalb damals die Zustimmung der Gehilfen zur Preiskonvention und deren Durchführung, um so angeblich eine Gesundung der Preisverhältnisse herbeizuführen. Heute versucht ein großer Teil derselben Unternehmer, die eben durch die Mitwirkung der Gehilfen jetzt zur Monopolstellung im Gewerbe gelangt und zum Teil Beherrscher des ganzen Marktes geworden sind, der Schutzkonkurrenz trotz Preiskonvention wieder Konzessionen zu machen. Die Preiskonvention war und ist eben nur, wie schon angeführt, Mittel zum Zweck und die Organisation der Gehilfen ein willkommenes Objekt dazu.

Wir haben einmal in Essen und Berlin Unternehmer als Tarifkontrahenten, die skrupellos genug sind, in der Tarifgemeinschaft ihren rein persönlichen Interessen nachzugehen; das andere mal haben wir Arbeiter als Tarifkontrahenten, die das nicht dürfen und nicht können. Das ist das Signal der Situation in der Tarifgemeinschaft.

Die prinzipielle Behandlung der Preiskonventionsfrage habe ich absichtlich beiseite gelassen. Mir kam es nur darauf an, unter Bezugnahme auf die Fälle Essen und Berlin zu zeigen, wie sich im Laufe der letzten Jahre namentlich die Situation innerhalb der Tarifgemeinschaft durch die Preiskonvention zu ungunsten der Gehilfenschaft verschoben hat. Dieser Zustand ist immer unhaltbarer geworden und er schreit direkt nach baldiger Abhilfe. L. S. D.



Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen.

Zentralnachweis: Wilhelm Hänlein, Berlin N. 28.
Anklamstr. 27, I. — Telefon-Amt III. 5246.

Noch einmal: Prof. Emmerich's „Erfolge“.

Am Schluß des gleichnamigen Artikels in Nr. 56 der „Gr. Pr.“ wurde an Herrn Professor Emmerich die Frage gerichtet, ob es wahr sei, daß er sich zu Gunsten seiner Anstalt um die photographischen Arbeiten der Gemeinde München bewerbe und bemühe. Daraufhin sandte er an die Redaktion der Graphischen Presse, z. H. des Kollegen Wilhelm Hänlein, der mit dieser Redaktion absolut nichts zu tun hat, eine zwar nicht klärende, aber stark verzerrte Antwort, die Kollege Hänlein an die Redaktion weitersandte. Wir wollen sie der Öffentlichkeit nicht vorenthalten; sie ist datiert vom 4. Dezember 1911 und lautet:

„Bezüglich der Frage, die Sie in neben genannter Nr. 56 der Graphischen Presse an den Unterzeichneten richten, empfehle ich Ihnen diese direkt an den Magistrat der Stadt München, Herrn Magistratsrat Schenk und das Stadtbauamt München oder wo sonsthin Sie immer glauben, zu richten.“

Hochachtungsvoll Der Direktor Prof. Emmerich.
Wir nehmen diese famose Antwort, bei der sich jeder selbst das Beste denken kann, gern zur Notiz. Weiter versucht Herr Franz Grainer in München die im Artikel „Professor Emmerich als Diktator“ in Nr. 42 der „Gr. Pr.“ gebrachte Mitteilung, er beschäufte eine von der Münchener Lehranstalt abgegangene Schülerin als Volontärin, zu entkräften, indem er dem Redakteur dieses Blattes persönlich unterm 8. Dezember 1911 folgendes schreibt:

„Geehrter Herr! In Nr. 42 der Graphischen Presse Seite 359 heißt es in dem Artikel „Professor Emmerich als Diktator“, daß ich in meinem Atelier eine von der Münchener Lehranstalt abgegangene Schülerin als Volontärin beschäftigte; weiter ist mit Bezug auf diesen Fall gesagt, daß die Beweise des Herrn Professor Emmerich wunderbare seien etc. ... Darauf beziehe ich mich festzustellen, daß in meinem Atelier eine Absolventin der Münchener Anstalt als Volontärin nicht angestellt oder beschäftigt ist; ich nahm vor 2 Jahren eine Absolventin der Anstalt in meinen Betrieb auf, ließ sie 5 Monate praktizieren, hierauf bekam sie einen Anfangsgehalt von 80,— Mk. monatlich und dann 100,— Mk.; ein weiteres, vor einem halben Jahr in meinen Betrieb, aufgenommenes Fräulein war nicht Absolventin der Anstalt und hat diese niemals besucht; sie volontierte bei mir 6 Monate kostenlos.“

Einem neuerlichen Angriff in Nr. 56 Ihres Blattes „daß ich den besten Kräften, die ich aus der Anstalt erhalten kann, nur 80,— Mk. monatlich zahle, begegne ich dahin: Ich diene mit Beweisen, wonach ich zwei Herrn, welche ich aus der Anstalt zu mir nahm, mit 150,— Mark monatlichem Anfangsgehalt anstellte. Es dürfte überhaupt sehr gewagt sein, in dieser Beziehung eine Norm aufzustellen, da man ja mit guten und mäßigen Absolventen zu tun hat. Definitiv ist mir als Mitglied der Lehrprüfungs-Kommission bekannt, daß die theoretischen und praktischen Anforderungen, gestellt an einen Prüfling der Lehranstalt, ungleich höhere sind, als diejenigen, gerichtet an einen Lehrling in der Lehrlingsprüfung.“

Ich ersuche Sie, dies in Ihr Blatt aufzunehmen.

Hochachtungsvoll! F. Grainer.

Die Leser werden erstaunt fragen, was Herr Grainer eigentlich berichtet, da er doch die Angaben der Artikel selbst bestätigt. Unser Gewährsmann hält sowohl seine Anfrage, als auch seine sonstigen Ausführungen aufrecht, die ja auch weder beantwortet noch widerlegt sind. Besonders hätten wir von Herrn Emmerich zu unserer Frage eine klare Stellungnahme erwarte, aus der zu erkennen sein müßte, ob Herr Emmerich mit uns auf dem Standpunkt steht, daß gemeindliche Arbeiten, solange sie nicht in eigener Regie ausgeführt werden, doch an die Gewerbetreibenden und nicht an Lehranstalten gegeben werden sollten.

Sind unsere Photographien haltbar?

Jeder von uns kennt wohl die alten verbliebenen Familienbilder, die noch aus den Anfangszeiten der Photographie herrühren, die jede Wand verunzieren, an die man sie trotzdem hängt, weil sie von lieben Menschen zu uns reden. Ihr Anblick ruft wohl

manchmal die nachdenkliche Frage in uns wach, ob auch unsere Bilder einst so matt und kaum merklich sein werden, oder ob die Photographie inzwischen soviel zugelehrt hat, daß sie ihren Erzeugnissen Dauer verleihen kann. Der „Kosmos“, Handweiser für Naturfreunde (Stuttgart), bringt darüber eine recht interessante Zusammenstellung. Bilder, die auf Auskopierpapier (Zelloidinpapier usw.) hergestellt sind und besonders solche mit Gelatinschichten, sind für Feuchtigkeit, Hitze, Licht und andere Einflüsse der Umgebung stets mehr oder weniger empfindlich, so daß es also um ihre Haltbarkeit recht schlecht steht. Allerdings werden häufig Jahre vergehen können, bis sich ein Verbleichen bemerkbar macht, aber schließlich erfolgt es doch einmal. Bedenkt man dabei, daß heute noch die Mehrzahl der Liebhaberphotographen der Bequemlichkeit halber Auskopierpapiere verwendet, so ist damit das Todesurteil für einen großen Teil der photographischen Aufnahmen unserer Zeit gesprochen. Besser steht es mit den Entwicklungspapieren. Man kennt vor 30 Jahren hergestellte Bromsilberdrucke, die bis heute nur leicht angängelte Weißen zeigen. Und dieser kleine Fehler rührt wahrscheinlich von Eisensparten her, die im Papierfz durch den benutzten Eisenoxalantwicker zurückgeblieben sind. Allerdings findet man auch Bromsilberbilder, die — trotz vorsichtiger Herstellung — in den Einzelheiten schon zu verschwimmen beginnen, während sich gleichzeitig die Farbe des Silberniederschlags ändert. Sehr haltbar sind Kopien mit Schwefeltonung, denn die gebildete Schwefelverbindung scheint der Veränderung durch Atmosphärien kaum unterworfen zu sein. Außer der Schwefeltonung verwendet man bei Brom- und Chlorsilberkopien häufig die Blautonung mit Eisenoxysalzlösungen, die Uranionung und die Kupferionung. Die Kupferionung scheint am haltbarsten zu sein. Für die blaugelbten Bilder ist ebenso wie für die Uranionung ein Firnisieren oder Überziehen mit einer dünnen Wachsschicht unbedingt notwendig, wenn die Kopien dauern sollen. Unterläßt man das Anbringen einer solchen Schutzschicht, so laufen die Bilder bald in den Tiefen und vom Rand her an, und zeigen an diesen Stellen Metallglanz, der sich später über das ganze Bild ausdehnt. — Die meisten Eisenblautonen sind, offen aufbewahrt, ebenso vergänglich. — Pigmentdrucke dagegen sind fast unveränderlich, richtige Behandlung des Bildes beim Entwickeln und Verwendung beständiger Farbstoffe vorausgesetzt. Große Sorgfalt muß man hier auch bei der Auswahl des Uebertragungspapiers walten lassen. Das Uebertragungspapier darf sich weder durch Altern noch durch Lichteinflüsse merklich ändern. Gefahr kann bei Pigmentdrucken schließlich noch die Neigung der Gelatine, sich bei feuchtwarmer Luft (namentlich in der feuchten Wärme der Tropen) zu zersetzen, bringen. Gummidrucke verhalten sich ähnlich wie Pigmentdrucke. Von den Chromkopierverfahren haben die Oel- und Bromöldrucke die größte Dauerhaftigkeit, weil hier das Bild aus Druckschwärze besteht. Platindrucke sind sehr beständig, nur muß man darauf sehen, daß die Bilder genügend lange gewässert werden, da sonst ein Verblühen des Weißen eintritt. Hier kann allerdings nachträgliches Bleichen noch helfen, das der Kopie nicht schadet, wenn die Bleichmittel nicht in so starker Lösung verwendet werden, daß sie die Papierfasern angreifen. Sepia-Platindrucke sind nicht so haltbar. Das zur Erzielung des Sepiatons benutzte Quecksilbersalz führt im Laufe der Zeit ein Verblühen, namentlich in den hohen Lichtern herbei. So ergibt sich also, daß die Pigment-Gummi- und Platindruckverfahren, die ja durch die vornehme Wirkung der durch sie erzeugten Bilder immer mehr Freunde finden, auch in bezug auf Haltbarkeit an erster Stelle stehen, ein wichtiger Grund mehr, sie überall einzubürgern, und besonders die Auskopierverfahren durch sie zu verdrängen. K.-K.



Feuilleton.

Streikbrechers Höllenfahrt.

Flog zur Hölle eine dreck'ge Seele,
Grade von der Himmelstür verjagt,
Wo sie mit gewaltigem Krakeele
Nach 'nem guten Unterschlupf gefragt.

„Sprich, was warst, was triebst du auf der Erde?“
Hatte Petrus sich an sie gewandt:
„Bist du's wert, daß hier dir O'dach werds?“
Und die Seele hatte frech bekannt:

„Ich hab' fest am Kapital gehangen,
Die Gewerkschaft war für mich ein Graus.
Wenn die andern an den Streik gegangen,
Hielt ich treu als Arbeitswill'ger aus.“

Sicher, Freundschen, bin ich drum hier drüben
Eines warmen, weichen Platzes wert,
Hab' ich es doch immer so geliebt,
Wie es mich mein Pastor hat gelehrt.

„Fort mit dir! Hinweg von diesen Fluren!“
Hatte Petrus da laut aufgeschrien.
„O, ihr feigen Jammer-Kreaturen,
Euren Herrgott, wie verkennt ihr ihn!“

Für den Judas ist kein Raum im Himmel.
Kains Brut bleibt immerdar verflucht.
Geh' zur Hölle, wo im Angstgewimmel
Sicher schon dein Pfaffe nach dir suchst!

Und die Seele tat, wie ihr geheßen,
Und sie langte bei der Hölle an,
Wo der Teufel an dem Tor, dem heißen,
Olechlalls mit: »Was warst denn du?« begann.

»Streikbrecher war ich,« rief sie und guckte,
Als er warte sie davon Gewinn.
Salan aber hustete und spuckte
Dreimal kräftig auf den Boden hin.

»Streikbrecher?« so sprach er, zornigeladen,
»Streikbrecher? Du kommst mir grade recht!
Wer zum Schuft ward an den Kameraden,
Der ist für die Hölle noch zu schlecht.

Kehr' zurück zu deinem alten Stande
In die Welt, ein Hundstott jeder Zoll!
Keh' zurück zu deiner alten Schande,
Die man dir mit Prügeln salzen soll!

Kehr' zurück! Dort, wo Fabriken rauchen,
Leb' dir selbst und anderen zur Qual!
Weder Gott noch Teufel kann dich brauchen,
Dich braucht einzig nur das Kapital.

Chicago.

Martin Drescher.

(Aus der »Dresd. Volksztg.«)

Aussperrungs-Weihnachten
in Berlin am 24. Dezember 1911.

Weich und mild fließt das Sonnengold über die
Dreimillionenstadt. Nicht Schnee und Eis geben
dem diesjährigen Geburtstagsfest des Zimmer-
mannssohnes aus Nazareth das Gepräge. Wie an
einem Frühlingstage weicht die Schwere der Natur
dem Lichte des Sonnenglanzes. In den Straßen
wäلت sich eine Menschenflut dem Industriepalast-
Warenhaus zu, dessen Pforten vielmehr mehr Erden-
kinder verschlingen und wieder ausspellen, als der
größte Dom der Welt es vermag. Heute kauft der
Proletarier, der den letzten kargen Lohn mit in
diese Rechnung schließen muß, seinen Weihnachten.

Und vor uns liegt der Friedrichshain. Die dünnen,
welken Blätter, die Buntheit des Herbstes ist längst
verwisch. Die kahlen Zweige der Bäume und
Sträucher sagen uns, daß es Winter ist. Oligantlich
ragt auf einem Hügel die Balustrade empor, die
dem langgestrichelten Märchenbrunnen einen Ab-
schluß geben wird. — Märchenbrunnen? — Weih-
nachtsmärchen vom Frieden auf Erden?!

Wir treten ein in den Resensaal der Brauerei
Friedrichshain. Prächtigt sind seine Wände dekoriert.
Schnee- und eisbedeckte Berge und Schluchten! Eine
Alpenlandschaft in all ihren Reizen! Und auf der
Bühne ein gewaltiger Weihnachtsbaum mit vielen,
vielen Lichtern. Die von der Hungerpeitsche des
Schutzverbandes deutscher Steindruckereibesitzer be-
drohten Kollegen nebst Frauen und Kindern über-
füllen den mächtigen Raum. Das Fest der Christen-
heit, das in uns Erinnerungen aus der frühesten
Jugendzeit wachruft, das Fest der Liebe, das in
Deutschland allein von fünfzigtausend Kanzeln als
das Fest des Friedens gepriesen wird, es sollte das
profane Mittel zum Zweck werden, die herglossene
Phalanx der tapferen Streiter, die ihre Erlösung in
dem Diesseits selbst erfüllen werden, zu brechen.
Die Urternehmer, die den Satz: »Die Religion muß
dem Volke erhalten bleiben!« bei jeder Gelegenheit
plektivoll unterstreichen helfen, wollten das Weih-
nachtsfest zum ordinärsten Kampfmittel stampeln,
das sich nur ausdenken läßt. Aber aus den Ge-
sichtern aller Aussperrten und ihrer Angehörigen
strahlt Weihnachtsfreude und trotzigt erdört der Ruf:
Wir feiern doch das Weihnachtsfest!!!!

Orgelöne erfüllen brausend den gewaltigen
Raum: Weihnachtsklänge! Es wird lautlos still!
Die Stätte des Vergangens wird zu einer Arbeiter-

kirche, in der das Gebet der Masse zum völk-
erbefehlenden, menschheitsverbrüdernden Sozialismus
emporsteigt. Der Männergesangverein Senefelder,
meisterhaft geleitet von seinem Dirigenten A. Bodt,
unterstützt die Feier durch wohlgelungne, dem Tage
entsprechende Darbietungen. Ein Konzerttrio, be-
stehend aus den Kollegen Rahn (Klavier), Heyn
(Violine) und Teubert (Violoncello) spielt mit feinem
Verständnis Kompositionen von Haydn und Oehl-
schlagel. Und Kollege Landa referierte mit prächtiger
Gestaltungskraft das Robert Seldelache Gedicht »Wir
feiern doch das Weihnachtsfest« und den »Weihn-
achtsraum« von Paul Barthel. Leider läßt die
Akustik des Saales die Wirkung dieser Dichtung,
die den Kollegen im vorigen Jahre durch die »Graph.
Jugend« bekannt wurde, nicht durch den ganzen
Raum dringen. Nach weiteren Orgel- und Gesangs-
vorträgen hielt Genosse Waldeck Manasse seine
wichtige Festrede. In formvollendeter Weise führte
er uns ein Weihnachtsbild vor Augen. Er illustrierte
zunächst die Solidarität der Unternehmer und Aus-
beuter der Arbeiter beim Hantieren mit der Coupon-
scheere. Die Solidarität der Arbeiter sei altruistischer
Natur. Durch ein Leid verbunden weinen wir ge-
meinsam eine Träne des Elends, ersehnen wir ge-
meinsam eine — unsere — Erlösung und kämpfen
wir gemeinsam alle einen Kampf, der unseren Sieg
verbürgt. Er pries die ehrliche Arbeit als Zweck
und Inhalt des Lebens, die, welcher Art sie auch sein
möge, zur Freude des Einzelnen werden müsse. In
sein poetischer Gestaltung skizzierte er den Wunsch:
Möge uns e letzte Arbeitsstunde mit der Stunde
unseres Ablebens zusammentreffen! Indem er be-
sonders für die Geschlossenheit unserer im Kampfe
stehenden Kollegen lobende Anerkennung findet
und die Kraft des Proletariats im allgemeinen daraus
resumiert, schließt er seinen mit rauschendem Bei-
fall aufgenommenen Festvortrag.

Nun setzt das gemeinsame Lied »Aussperrungs-
Weihnachten« (siehe Gr. Pr. Nr. 62) ein. Ein tausend-
stimmiger Gesang, der unser Lied, aber auch unsere
Erkenntnis aus trotzig-mutiger Brust in rhythmische
Schwingung bringt, darf als ein gelungenes respek-
tgebietendes Ständchen dem Schutzverbände gelten.
Der M.-G.-V. Senefelder gibt mit der Darbietung:
»Empor zum Licht« dem Feste einen würdevollen
Abschluß. Kollege Haß konstatiert noch mit kurzen
kernigen Worten die Mustergültigkeit unserer Kol-
legen als Kampftruppe in der Gewerkschaftsbe-
wegung, an deren Festigkeit die Weihnachtspläne
der Unternehmer zerbrochen sind, und mit einem
weiteren Schutz- und Trutzgesange klang die prächt-
ige Feier aus.

Ölückstrahlend verlassen alle den Saal. Waren
auch die Spenden nicht so reichlich bemessen, als
in der Zeit, die Arbeit und Brot brachte — ein
Weihnachtsbaum hat uns doch geleuchtet! Und
der herrlichste Lichtstrahl an diesem Baume war
der Gedanke der Menschenverbrüderung, der einem
jeden, der dieses Fest mit erlebte, in das Herz leuchtete.

Der prächtige, jungat verstorbene Maler Fritz
Uhde, der Meisterwerke religiösen Inhalts in mo-
derner Umgestaltung schuf, hat unbewußt in seinem
Bilde »Weihnachtsabend« einen Schutzverbandsge-
danken verewigt. Eine Winterlandschaft zeigt ein
von der Misere des Daseins gepinigtes Proletarier-
weib. Matt lehnt sie an einem Zaun. Der Mann,
der in die Abenddämmerung dem Dorfe zu sch-eitet,
sucht ein Obdach für die hereinbrechende Nacht.
So wie der Schutzverband sich mit dem Weihnachts-
fest verrechnet hat, wird es ihm auch mit dem
Mietzins gehen. Der Verband der Lithographen
und Steindruckereibesitzer hat bereits dafür gesorgt,
daß seine ausgesperrten Mitglieder nicht obdachlos
werden.

Quidam.

Vom Büchertisch.

Aus Tag und Tiefe. Gedichte von Ludwig
Lessen. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer
G. m. b. H., Berlin SW., 110 Seiten 8°. Preis 1,50 Mk.
Ein neues Buch prächtiger, kraftvoller Dichtung
hat Ludwig Lessen der Arbeiterklasse geschenkt.
Wie in den meisten früher erschienenen Gedicht-
sammlungen sind es abermals Bilder aus dem Ar-

beiterleben, begeisternde Kampftrute, visionäre Zeich-
nungen voll von einem frohen Zukunftsglauben, die
uns der Dichter gibt. Auch die feingelöteten Natur-
stimmungen fehlen nicht, die in knappen Strichen
Landschaftsbilder von intimen Reiz hervorzuheben.
Das Balladenartige überwiegt jedoch in dem vor-
liegenden Gedichtbändchen. Lebensschicksale aus
der »Tiefe« werden gezeichnet, wie sie der Alltag
zu Dutzenden bringt. Worte von düsterer Farben-
glut umsprühen diese Gemälde, die von harten
Proletarerschicksalen erzählen. In der ozeanwärtig
politisch hochgehenden Zeit des Wahlkampfes
dürften gerade diese Gedichte am meisten fesseln
und agitatorisch wirken. Die Ausstattung des
Buches ist vornehm. Schon der Umschlag fesselt,
der eine Reproduktion nach einer packenden Zeich-
nung von Käte Kollwitz bringt, wie sie treffender,
wuchtiger und besser den Buchtitel illustrierend
gar nicht gedacht werden kann.

Mittelstand und Sozialdemokratie. Von
J. Karski. Verlag der Leipziger Buchdruckerei A.-G.,
Leipzig. Agitationsausgabe. 48 Seiten 8°. Preis 10 Pf.
Lager-Katalog der Wiener Volksbuchhandlung
Ignatz Brand & Co. Wien VI. Gumpendorferstr. 18.
Ausgegeben im Dezember 1911. Selbstverlag.
136 Seiten 16°.

Ludwig Richter-Postkarten. Serie I und
Serie II: je 10 Karten nach Zeichnungen von Lud-
wig Richter. Verlag von Hegel & Schade, Leipzig.
Preis für jede Serie 50 Pig.

Durch die Herausgabe dieser Serien hat der
Verlag den verdienstvollen Versuch unternommen,
gute deutsche graphische Kunst zu einem annehm-
baren Preise ins Volk zu tragen. Der Verlag ver-
riet eine glückliche Hand, wenn er grade Arbeiten
Ludwig Richters, eines der sinnigsten und gemüt-
vollsten deutschen Künstler, zur Vervielfältigung
auswählte. Er trägt dadurch dazu bei, daß ein
Meister, der noch viel zu wenig bekannt und ge-
würdigt wird, durch seine Schöpfungen zum Volke,
für das sie bestimmt waren, noch lange nach seinem
Tode zu reden vermag, und daß sich auf der
anderen Seite das Volk an dieser Volkskunst im
besten Sinne des Worts erheben und erbauen kann.
Möchten die anerkennenswerten Bemühungen des
Verlages von Erfolg begleitet sein.

Kunstschriftmappe G. Gesammelte Beispiele
von Rud. Blanckertz. Verlag von Heinke & Blan-
kertz, Berlin SW. 43. 24 Tafeln 4°. Preis 4 Mk.

Die geschmackvoll ausgestattete Mappe birgt
zwei Dutzend vorreffliche Arbeiten von Ludwig
Lütterlin, Rudolf Koch, Georg Wagner, E. Anna
Simons, Paul Hampel, Heinrich Wiewyk, E. Borne-
mann und Oskar Sichert. Jedes einzelne Blatt ist
ein kleines, schriftkünstlerisches Meisterwerk, dessen
Beachtung nicht nur für jeden Graphiker einen
vollen, künstlerischen Genuß bedeuten, sondern
das ihm auch die vielseitigsten Anregungen für sein
eigenes Schaffen geben wird. Die Sammlung und
Herausgabe der Tafeln fordert den Dank aller
Freunde schöner Schriften und einer Entwicklung
der handschriftlichen Betätigung zu künstlerischem
Schaffen heraus. Er gebührt neben den deutschen
Schriftkünstlern, die durch ihre ganze Betätigung
und durch die Beileuerung ihrer Arbeiten daran
mithelfen, eine fast vergessene Werkkunst neu
zu beleben, vor allen Dingen dem Herausgeber der
Mappe Rudolf Blanckertz, der unermüdlich dafür
wirkte, das in Erstarung versunkene Schriftgebaren
unserer Zeit neu schöpferisch umzugestalten und der
künstlerischen Schritt Geltung zu verschaffen. Er
hat auch, fußend auf seinen umfangreichen Studien
und Erfahrungen, die zum Schreiben schöner Schrift-
formen nötigen Werkzeuge geschaffen und damit
die Technik des Schreibens und Schriftbildens der
Alten für die heutige Generation wiedererleben
lassen. Besonders kann der Schriftzeichner und
Merkanthillithograph aus diesem vorbildlichen Wirken
außerordentlich viel profitieren, denn daher die vor-
liegende Sammelmappe zur künstlerischen Erbauung
und Anregung bestens empfohlen sei. Besonders
sollte sie unseren Fachbibliotheken unbedingt einge-
reicht werden.

Alle Zuschriften

und Geldsendungen, die Insertion be-
treffend, sind nicht an die Redaktion
sondern an die Expedition zu senden.

Chiffre-Insertate

finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme
mehr. Die Expedition.

■ ■ Stellenangebote ■ ■

**Tücht. Maschinen-
Retuscheur,**

welcher im Zeichnen bewandert sein
muß, sucht sofort oder später [300
Ferd. Hegelmann, Magdeburg
Schriftl. Offerte nebst Angabe der Ge-
haltsanspr. u. bish. Tätigkeit erwünscht.

Mehrere tüchtige

Messingstecher

sucht durch den Arbeitsnachweis [150
Th. Stein, Friedrichshg. Berlin

Kopierer

für Auto und Strich, der auch be-
wandert ist im Aetzen, sofort gesucht.
Angebote mit Zeugnisabschr. und Ge-
haltsanspr. etc. an [240
Neuburg & Wilms, Hamburg.

Mehrere tüchtige

Messingstecher

ges. E. Kullck, Harburg a. E. Wallstr. 50.

Einen Messingstecher

für Tapetenwalzen sucht [150
Eugen Schiebold, Tapetenhandlg.,
Leipzig-Stötteritz.

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-
druck, Photochemisches Verfahren,
Brenn- und Werkstatt-Ausbildung,
Prepazin Inst. Kunstgewerbekunde
Barmen

■ ■ Verschiedenes ■ ■

Roulettes, Fadenstichel,

Fräser u. s. w. in bester Aus-
führung fert. an
Carl Neumann, vorm. G. König,
Berlin SO., Manteuffelstr. 31.

„Bronsol“.

F. Hantke, Hamburg 22,
Wohldorferstr. 60.

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker.
Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamt-
gebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.

Der Aluminiumdruck (Algraphie).
Von K. Wellandt. Preis inkl. Porto 85 Pf.

**Senefelders Lehrbuch der Litho-
graphie und des Steindrucks vom
Jahre 1821.**

Preis inkl. Porto für Verbandsmitglieder
4,50 Mk., sonst 7,50 Mk.

**Alois Senefelder und die Erfin-
dung der Lithographie.**
Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.

Zu beziehen durch

Conr. Müller, Schkeuditz.